Polizei-Verwaltung in Kamen 19

Polizei-Verwaltung in Kamen 19

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 27. Donnerstag, den 3. März 1910. 38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Abgeordnetenhaus.

Eine Reihe von Vorlagen, die die Erweiterung des Landkreises Essen, des Stadtkreises Mülheim a. d. Ruhr und eine andere Abgrenzung der Amtsgerichtsbezirke Essen, Mülheim und Oberhausen fordern, werden in der Montagsitzung nach unerheblicher Debatte auf Antrag der Rechten an die verstärkte Gemeindekommission verwiesen. — Es folgt die zweite Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen". Auf Anfrage des Abg. Bartscher (Ztr.) bemerkt Unterstaatssekretär Holtz, dem Landrat von Gelsenkirchen würden die Geschäfte als Polizeipräsident von Bochum in absehbarer Zeit abgenommen werden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) kritisiert das von der Regierung eingerichtete Spionagesystem gegen die polnische Bewegung. Diese Spionage, die mit falschen Berichten und Provokationen arbeitet, erstreckt ihre Tätigkeit auch auf das Ausland bis nach Nordamerika. Die Auswanderung der Polen dorthin wird begünstigt, um den großen Schiffahrtsgesellschaften Einnahmen zu verschaffen. Der Redner wendet sich dann ausführlich gegen die Zeitungsberichte über die Frankfurter Wahlrechtskrawalle. Sie widersprächen einander und beruhten zum Teil auf einem amtlichen Polizeibericht. Die Mehrheit der Frankfurter bürgerlichen Stadtverordneten hat einen Beschluß gefaßt, der das Vorgehen der Polizei aufs schärfste verurteilt. Ein mündiges Volk läßt sich auf die Dauer das Recht auf die Straße nicht nehmen. — Unterstaatssekretär Holtz bestreitet, daß die Posener politische Polizei mit gefälschten Berichten arbeitet und das Briefgeheimnis verletzt. Herr Liebknecht will nur Agitationsstoff nach außen hin verwerten. Die weiteren Frankfurter Gerichtsverhandlungen werden zeigen, daß Agitatoren und eigentliche Angreifer sich auch hier wieder hinter der Front befunden haben. Beim Kapitel „Landgendarmerie" fordern verschiedene Redner Besserstellung der Gendarmen. — Abg. Hirsch (Soz.) fordert die Streichung des Titels „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei 300 000 Mark." Die politische Gemeindepolizei mit ihrer Spitzelwirtschaft muß abgeschafft werden. Durch die Bewilligung solcher Geheimfonds schänden Sie die Ehre Preußens. — Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung. — Abg. Switala (Pole) führt Beschwerde über Bedrückung der polnischen Sokols und Jugendorganisationen. — Der Titel wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten genehmigt. — Ein sozialdemokratischer Antrag auf Abschaffung der politischen Geheimpolizei wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Als Zuschüsse an die Kommunalverbände für die Fürsorgeerziehung sind 6 Millionen Mark ausgesetzt.

Abg. Dr. Faßbender (Zentr.) fordert eine bessere Vorbildung der Leiter von Fürsorgeanstalten. — Abg. Ströbel (Soz.): Unsere heutige Fürsorgeerziehung ist völlig verfehlt. Tatsächlich sind die Zustände in den Fürsorgeerziehungsanstalten schlimmer als in den Gefängnissen. Daß die Besetzung der leitenden Stellen mit Geistlichen nicht vor scheußlichsten Grausamkeiten bei der Behandlung meistens geisteskranker Kinder schützt, zeigt die Affäre Mielczyn. Man denke an die Blohemsche Wildnis! Es fehlt überall an der richtigen Kontrolle. — Ein Regierungskommissar erwiedert, daß die Vorgänge in Mielczyn von der Regierung sehr beklagt würden. Man dürfe aber nicht verallgemeinern. Es sind Fortbildungskurse für Erzieher eingerichtet worden. — Abg. Faßbender (Ztr.) weist die Uebertreibungen des Abg. Ströbel zurück, besonders gegen die geistlichen Anstaltsleiter. — Abg. Ströbel (Soz.): Auch ohne konfessionelle Erziehung lassen sich gute Früchte erzielen. Die philosophische Erziehung hat ihr Gutes, man braucht natürlich nicht so philosophisch langweilig zu sein, wie Herr v. Bethmann-Hollweg. — Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung. (Unruhe links.)

Damit ist der Etat des Innern erledigt und das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Aehrenthals Reiseeindrücke.

In der gestrigen Ministerkonferenz gab Graf Aehrenthal ein Bild der auswärtigen Lage, insbesondere nach der Berliner Reise, die ihn sehr befriedigt hat und volle Uebereinstimmung mit den Anschauungen des deutschen Kanzlers ergab. Graf Aehrenthal empfing den Eindruck, daß sich die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und England freundlicher gestaltet haben. Ferner orientierte der Ministerpräsident die Minister über den Stand der österreichisch-russischen Verhandlungen.

Die Ministerkonferenz beschäftigte sich weiter mit der allgemeinen politischen Lage der Monarchie. Hinsichtlich der Aktivierung des im Vorjahre mit Rumänien abgeschlossenen und von der rumänischen Kammer bereits vollführten Handelsvertrages legten die Vertreter der königlich ungarischen Regierung die Gründe dar, welche es nicht ermöglichten, den Vertrag ohne parlamentarische Genehmigung in Kraft treten zu lassen, dagegen habe sich die königlich ungarische Regierung bereit erklärt, diesen unter der früheren ungarischen Regierung abgeschlossenen Vertrag gleich nach ihrem Zusammentritt vorzulegen und für dessen Aktivierung Sorge zu tragen. Die österreichische Regierung beharrt unter Berufung auf das ihr zur Verfügung stehende Ermächtigungsgesetz auf dem Standpunkt der sofortigen Aktivierung des Handelsvertrages. Bezüglich der Einleitung von Verhandlungen wegen Abschlusses von Handelsverträgen mit Serbien, Montenegro und Argentinien werde das baldige Zusammentreten der Zoll- und Handelskonferenz zum Zweck der Vorbereitung der Grundlagen der Einleitung dieser Verhandlungen abschließen.

Deutschland.

— **Der Kaiser** wird am 22. Mai zum Jagdaufenthalt beim Fürsten Dohna-Schlobitten eintreffen. Vorher beabsichtigt der Kaiser, der Säkularfeier der Stadt Stolp beizuwohnen und nach dem Besuche in Schlobitten die Leibhusaren-Brigade in Danzig-Langfuhr zu besichtigen.

— **Der Kronprinz** und die Kronprinzessin werden dem Preis-Reiten in Frankfurt a. Main am kommenden Sonnabend und Sonntag beiwohnen. Für die elf Konkurrenzen sind 296 Pferde genannt. Zur Armee-Reitkonkurrenz haben sich 18 Kavallerie- und Artillerie-Regimenter gemeldet.

— **Beim Reichskanzler** findet am Donnerstag ein parlamentarischer Abend statt.

— **Der Rom-Besuch des Reichskanzlers** v. Bethmann-Hollweg wird in der Zeit vom 20. bis 23. März stattfinden. Herr von Bethmann-Hollweg wird vier Tage in Rom verweilen und dann über Venedig zurückkehren.

— **(Vom Hansaband.)** Montag begann die erste Tagung des Gesamtausschusses des Hansabundes mit einem Begrüßungsabend im „Hotel Monopol" zu Berlin. Die Versammlung ist von mehr als 300 Angehörigen von Gewerbe, Handel und Industrie aus allen Teilen Deutschlands und von zahlreichen Angestellten besucht. Die Zusammenkunft wurde mit einer Ansprache des Präsidenten des Hansabundes eröffnet, die auf die Bedeutung der Tagung für die Einigung der erwerbstätigen Stände hinwies. Die Idee des Hansabundes habe sich glänzend bewährt. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die deutschen Bundesfürsten.

— **(Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz.)** In Halle a. d. S. findet die außerordentliche Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz statt. Anwesend sind der Vorstand und Delegierte der Ortsgruppen, zusammen 72 Stimmen. Unter den Erschienenen sah man u. a. Dr. Helene Stöcker, Frau Adele Schreiber, Geheimrat Mayet, Frau Meisel-Heß, Reichstagsabgeordneter Dr. David, Pastor Kißling-Hamburg, Franz Adam Beyerlein, Maria Lischnewska und Lilly Braun. Die erste Sitzung war mit der Prüfung der Delegationen und einer Geschäftsordnungsdebatte ausgefüllt.

— **Die Stadtverordneten-Versammlung** in Halle lehnte mit 26 gegen 20 Stimmen einen freisinnig-sozialdemokratischen Antrag, gegen die Wahlrechtsvorlage als Benachteiligung der Städte zu protestieren, ab, da die Angelegenheit nicht zur Kompetenz der Stadtverordneten-Versammlung gehöre. Der Magistrat hatte erklärt, den Protest nicht mitmachen zu können.

— **(Gegen die Serienlose.)** Der Senat legt der Bürgerschaft ein Gesetz vor, wonach mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldbuße bis zu 10 000 Mark bestraft werden soll, wer gewerbsmäßig zum Zwecke der Ausbeutung der Spielsucht durch Verbreitung von Prospekten oder Mitgliedsbedingungen oder in anderer Weise zur Beteiligung an Serien- oder Prämienlosgesellschaften auffordert oder mit der Bildung, Leitung oder Vertretung deutscher Losgesellschaften sich befaßt.

Ausland.

Frankreich.

— **(Nächtliche Ausschreitungen französischer Kavalleristen.)** In Senlis brachen zwei Husaren des dort garnisonierenden 2. Regiments in der Nacht aus der Kaserne aus, indem sie die Mauer überkletterten. Sie betranken sich in verschiedenen Kneipen sinnlos und griffen dann einen Schmied in der Vorstadt Saint Martin an, bei dem sie vergebens einzubrechen suchten. Dann mißhandelten sie einen Gasarbeiter, verlangten von einem Kneipwirte zu trinken und warfen ihm, als er dies verweigerte, die Fenster mit Steinen ein, wobei sie ein an der Wiege liegendes Kind schwer verletzten. Die sofort benachrichtigte Militärbehörde stellte durch einen noch in der Nacht vorgenommenen Appell fest, welche Leute abwesend waren. Als die Durchbrenner am anderen Morgen in die Kaserne zurückkehrten, wurden sie verhaftet.

Serbien.

— **(König Peter und der Zar.)** König Peter wird in der zweiten Hälfte des Monats März in Petersburg vom Zaren empfangen werden. Der Empfang steht unbedingt fest, dagegen verdienen die von russischer Seite ausgestreuten Gerüchte, daß auch ein Besuch des Sultans Mohammed am russischen Hofe in Aussicht stehe, keinen Glauben.

Türkei.

— **(Der Fall Prospert.)** Wir berichteten kürzlich über die Verurteilung des deutschen Reichsangehörigen Prospert durch ein türkisches Gericht zu einer außerordentlich hohen Freiheitsstrafe. Da die Aburteilung wegen des leichten Delikts unter Außerachtlassung der internationalen Vereinbarungen erfolgte, legte der deutsche Botschafter Protest ein, anscheinend mit Erfolg: Wie der Vertreter von „Wolffs Telegraphen-Büro" erfährt, erkennt der Minister des Auswärtigen den Standpunkt des deutschen Botschafters, der das Prozeßverfahren gegen den deutschen Reichsangehörigen Prospert als null und nichtig bezeichnet hat, als vollkommen richtig an. Voraussichtlich wird das Urteil des Gerichts in Serres annulliert und die Angelegenheit an ein anderes Gericht verwiesen werden.

— **(Abdul Hamid vollkommen normal.)** Der Divisionsgeneral Mehmet Hadi Pascha, Kommandant des III. Armeekorps, der mit der Leitung der Bewachung des entthronten Sultans betraut ist, erklärt alle in den letzten Tagen über Abdul Hamid verbreiteten Gerüchte als vollkommen erfunden. Er versicherte sogar, daß der Exsultan seit seinem Aufenthalt in der Villa Allatini auch nicht ein einziges Mal nur im Geringsten unwohl war und daß an ihm absolut keine Spur einer moralischen Depression zu bemerken sei. Die Mitteilungen über Tobsuchtsanfälle seien durchaus erfunden. Der Exsultan ist also nicht nur geistig vollkommen normal, sondern erfreut sich dank der Ruhe, die er genießt, einer für sein Alter beneidenswerten physischen Frische.

China.

— **Der chinesische Kaiser,** dessen Souveränitätsrechte über Tibet durch internationale Verträge sichergestellt sind, hat die formelle Absetzung des flüchtigen Dalai Lama in einem öffentlichen Erlaß ausführlich begründet. Der Dalai Lama wird in dem kaiserlichen Erlaß des Ungehorsams und des Intrigierens beschuldigt. Er sei tatsächlich der schlechteste Lama, der je in Tibet regierte, gewesen, und habe die Abgaben an China verweigert.

Persien.

— **(Ein russisch-persischer Konflikt.)** Zwischen russischen und persischen Behörden ist ein Konflikt um die Fischereirechte des Russen Lianosow auf dem in den Golf von Enseli mündenden Flüßchen Tschumusshae entstanden. Lianosow hat in diesem Jahre die Fischerei zum ersten Male nicht an persische, sondern an russische Fischer in Unterpacht ab. Als diese in ihre neuen Besitzrechte in Gegenwart des russischen Konsulatsagenten eingeführt werden sollten, wurden sie von persischen Unterbeamten mißhandelt und vertrieben. Die russische Gesandtschaft verlangte Genugtuung, die persische Regierung aber säumt noch immer, die Schuldigen zu bestrafen, u[illegible]weigert sich, den russischen Fischern den [illegible] zu über[illegible]

unter dem Vorwande, daß nach der Konzession Lianosows die Pachtrechte nur an Perser übertragen werden könnten.

Amerika.

— **(Generalstreik in Philadelphia.)** Die Vertreter aller Gewerkschaften haben beschlossen, daß der Generalstreik zur Unterstützung der ausständigen Straßenbahner am kommenden Sonnabend in Kraft treten soll, falls bis dahin die Forderungen der Streikenden nicht bewilligt oder die Anrufung eines Schiedsgerichts seitens der Gesellschaft zugestanden ist. Der Generalstreik würde die Arbeitsniederlegung von mehr als 100 000 Mann zur Folge haben. Nach der Verkündigung des Beschlusses erneuerten sich die Straßenunruhen. Dabei sind zwei Knaben erschossen und fünf Personen schwer verwundet worden. Auch wurden wieder viele Wagen der Straßenbahn zur Entgleisung gebracht. Gestern ist es wieder ruhiger geworden, da viele der Leute, die sich tags zuvor an den Ausschreitungen beteiligten, sich an ihren Arbeitsstätten eingefunden haben.

— **(Gefährdung der Weißen in Liberia.)** Der amerikanische Vertreter in der afrikanischen Negerrepublik Liberia, Ellis, hat ein Telegramm hierher gerichtet, in dem er die politischen und finanziellen Verhältnisse des Landes sehr ungünstig schildert und die schleunige Entsendung eines amerikanischen Kreuzers zum Schutz der Ausländer verlangt. Das Staatsdepartement hat noch keinen Beschluß gefaßt, ob dem Ersuchen, dasi überraschend kommt, Folge gegeben werden soll.

Kolonien.

— **(Beschwerden aus Samoa.)** Aus Samoa ist eine Beschwerde von 33 Handelsfirmen an zahlreiche Blätter versandt worden, in der gegen die neue, am Schluß des letzten Jahres in Kraft getretene Steuergesetzgebung Protest erhoben wird. Dazu erfährt der „Lok. Anz." an zuständiger Stelle, daß der neue Steuertarif im Laufe des Monats Oktober vorigen Jahres, also vor der Inkraftsetzung, dem Gouvernementsrat vorgelegen und dessen einstimmige Annahme gefunden hat. Der Steuertarif sieht u. a. eine Handelssteuer mit dem Mindestsatz von 300 Mark vor, welche für dortige Verhältnisse keineswegs als hoch bezeichnet werden kann. Auch die 25 Mark betragende Kopfsteuer für Weiße pro Jahr kann nicht als nennenswert bezeichnet werden.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Kamen, 3. März. **(Gesellenprüfung zu Ostern 1910.)** Die theoretische Gesellenprüfung ist von dem Innungs-Ausschuß in seiner Sitzung am 27. Februar auf Sonnabend den 9. April von nachmittags 4 Uhr an festgesetzt. Die praktische Prüfung wird jetzt beginnen und bis zum 9. April erledigt sein. Falls noch Lehrlinge die Gesellenprüfung zu Ostern abzulegen gedenken und ihre Meldung noch nicht eingereicht haben, werden dieselben und ihre Lehrmeister ersucht, die Anmeldung jetzt bewirken zu wollen, damit die praktische Prüfung rechtzeitig erfolgen kann. Es sind zu dieser Prüfung einzureichen 1. ein schriftliches Gesuch um Zulassung zur Prüfung, 2. ein selbstgeschriebener Lebenslauf, 3. ein Lehrzeugnis des Lehrmeisters. Diejenigen Lehrlinge, welche eine Fortbildungsschule besucht haben, haben 4. ein Zeugnis dieser Schule einzureichen. Das Lehrzeugnis des Lehrmeisters soll sich über die erworbenen Fachkenntnisse und Fertigkeiten und über das Betragen des Lehrlings aussprechen. Zugelassen zur Gesellenprüfung können nur diejenigen Lehrlinge werden, welche eine mindestens dreijährige Lehrzeit nachweisen können. Gesellenprüfungs-Ausschüsse bestehen bei den hiesigen sechs Handwerker-Innungen und zwar 1. der Schmiede-, Schlosser-, Kupferschmiede-, Klempner-, Uhrmacher- und Goldarbeiter-Innung: Obermstr. Herr Schlossermeister J. Bohde; 2. der Maler-, Anstreicher-, Glaser- und Tapezierer-Innung: Obermstr. Herr Malermeister Edelmann, Schulstraße; 3. der Schreiner- und Zimmerer-Innung: Obermstr. Herr Schreinermeister Knieper; 4. der Schuhmacher-Innung: Obermstr. Herr Schuhmachermeister Sommer; 5. der Schneider-Innung: Obermstr. Herr Schneidermeister Kreutzkamp; 6. der Metzger-Innung: Obermstr. Herr Metzgermeister Ebbinghaus. Die Handwerkskammer zu Dortmund hat den Gesellenprüfungs-Ausschüssen dieser 6 Innungen die entsprechenden Lehrlinge aus folgenden Dorfschaften zur Gesellenprüfung überwiesen: Afferde, Heeren, Methler, Niederaden, Niedermassen, Oberaden, Obermassen, Südkamen, Wasserkurl, Weddinghofen, Werwe und Westick. Die Lehrlinge aus diesen Ortschaften, für die in Kamen keine Prüfungs-Ausschüsse bestehen, werden von den entsprechenden Prüfungs-Ausschüssen in Unna geprüft. Falls in diesen 12 Ortschaften noch Lehr-

linge sind, die nach dreijähriger Lehrzeit zu Ostern 1910 die Gesellenprüfung abzulegen gedenken, haben dieselben ihre Meldung mit den anderen erforderlichen Schriftstücken den betreffenden Obermeistern der Innungen schleunigst einzureichen.

Kamen, 3. März. **(Verschiedenes.)** Trotzdem nun schon etliche Monate seit Einführung der **25 Pfg.-Stücke** ins Land gegangen sind, hat sich niemand an diese Münze gewöhnen können. Wenn auch schließlich die Münzart selber im Geldverkehr notwendig ist, so stößt sich doch jeder an ihrer Unhandlichkeit und an ihrem unschönen Aussehen. Nicht zum wenigsten gibt sie zu Verwechselungen allzu leichten Anlaß. Alle kaufmännischen und gewerblichen wie industriellen Vereinigungen haben sich offiziell schon mit dieser Frage beschäftigt, und jüngst hat wieder die Berliner Handelskammer in einer ihrer Sitzungen sich damit befaßt. Doch hat sie davon Abstand genommen, jetzt schon offiziell einen Antrag auf Wiedereinziehung der 25 Pfg.-Stücke zu stellen, und sie will noch eine Zeit abwarten, ob vielleicht nicht noch das Publikum sich an die Münze gewöhnen wird. Bis Ende Dezember waren rund 8 600 000 Stück im Umlauf; diese Menge reicht aber noch nicht aus, um ein definitiv ablehnendes Votum über ihre Brauchbarkeit abzugeben.

(Vortrag des Flottenvereins, Abteilung Kamen.) Am Montag den 14. März, abends 8 Uhr, findet, worauf wir schon jetzt aufmerksam machen, ein von dem Vorsitzenden des hiesigen Flottenvereins veranlaßter Vortrag über das Thema: „Die Reise um die Erde" mit Lichtbildern seitens des Forschungsreisenden Joachim Harms aus Hamburg im Saale der Wwe. Goertz hierselbst statt. Dieser Vortrag ist an vielen Orten mit außerordentlichem Beifall aufgenommen worden, so daß ein genußreicher Abend in Aussicht gestellt werden kann. Nähere Mitteilungen über den Vortrag werden im Inseratenteile folgen.

(Unfall.) Durch die Unachtsamkeit und den Leichtsinn des Lenkers eines Lastfuhrwerks wurde am Montag abend die Equipage der Zeche, in der sich Frau Betriebsinspektor Hußmann befand, auf der Schillstraße schwer angefahren und zum Umstürzen gebracht. Frau Hußmann erlitt mehrere Verletzungen, während der Kutscher mit dem Schrecken davonkam.

Overberge, 3. März. **(Leseverein.)** Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Leseverein seinen 19. Familien-Abend im Vereinslokale. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Anwesenden folgten den Vorträgen, Aufführungen, wie den Deklamationen mit großem Interesse. Herr Lehrer Eckey sprach über die Liebe zur Heimat und dem deutschen Kaiserhause und schloß mit dem Kaiserhoch, in das sämtliche Anwesenden begeistert einstimmten. Herr Pastor Philipps erzählte von seinen Erlebnissen in London, die viel Interessantes boten. Dem Kamener Männer- und Jünglingsverein nebst Posaunenchor und dem Leiter des Vereins gebührt besonderer Dank für die große Mühe, welche sie sich um der guten Sache willen gemacht haben. Die Teilnehmer waren recht befriedigt und werden sich noch lange des schönen Abends erinnern.

** **Hamm,** 1. März. **(Ueberfallen.)** In der Sonntag-Nacht gegen 2 Uhr wurde in der Wilhelmstraße (Westenvorstadt) der Schutzmann Karl Winkel, der vier lärmende Männer zur Ruhe verwies, von diesen überfallen. Die Rowdies entrissen dem Beamten seinen Säbel und hieben damit auf den Polizisten ein, bis er aus mehreren Wunden blutend liegen blieb. Der schwerverletzte Beamte wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Täter, anscheinend vier italienische Bergleute, ergriffen die Flucht. Sie sind noch nicht ermittelt.

** **Soest,** 1. März. **(Gefährlicher Bursche verurteilt.)** Der Arbeiter Straub von hier, der bei seiner Verhaftung den Transporteur zu erschießen versuchte, ist wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

** **Soest,** 1. März. **(Ertrunken.)** Im benachbarten Vellinghausen kam der 84 Jahre alte Landwirt Niggemeyer dadurch zu Tode, daß er beim Weidenschneiden an einem wassergefüllten Graben ausglitt, hineinstürzte und ertrank.

Dortmund. 1. März. **Der Bund ehem. Studierender der Königl. höheren Maschinenbauschulrn,** eine Sonderinteressenvertretung von Absolventen staatlicher technischer Lehranstalten, beging am 26. und 27. Februar im Hotel-Restaurant „Zum schwarzen Raben" einen außerordentlichen Bundestag. Der Hauptgrund der Einberufung war die endgültige Festlegung der Richtlinien für Reformvorschläge und Vorschläge für den weiteren Ausbau dieser Anstalten, gestützt auf jahrelang gesammelte Grundlagen und Erfahrungen der dem Verbande angehörigen 1000 Anstaltsabsolventen. Aus allen Teilen Deutschlands waren Ortsgruppenstimmführer entsandt. Nicht nur örtliche Interessenvertretung von Rheinland und Westfalen hatten Delegierte geschickt, sondern auch zahlreiche weiter entfernt liegenden Ortsgruppen wie Bremen, Hamburg, Berlin, Kassel, Danzig, usw. waren vertreten, sowie Absolventen sämtlicher höheren Maschinenbauschulen Preußens. In 18stündiger Beratung wurden etwa 30 Leitsätze, Forderungen und Wünsche die Reform der Königl. höheren Maschinenbauschulen betreffend, zum Ausdruck gebracht, welche im Interesse der erfolgreichen Konkurrenz der staatlichen Anstalten gegenüber dem im Lehrsystem und in den Lehrfächern überlegeneren Privatanstalten, nach Ansicht der Absolventen für nötig gehalten wurden. Die Beschlüsse sollen mit ausführlicher Begründung den zuständigen Behörden, vor allem dem Handelsministerium unterbreitet werden.

** **Dortmund,** 2. März. **(Verschiedenes.)** Der 42 Jahre alte Maurer Bernhard Mühlenhaup verletzte sich beim Abladen von Holz am rechten Zeigefinger. Die Hand schwoll darauf derartig an, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er infolge von **Blutvergiftung** starb.

Wegen Vergehens gegen die Konkursordnung wurden die Inhaber der Firma Rasche u. Cie., Kornbranntweinbrennerei in Unna, die Kaufleute Adolf Dröge und Emil Rasche, von der hiesigen Strafkammer zu je 500 *M.* Geldstrafe verurteilt.

Im vergangenen Jahre wurden in den Pfarrhäusern in Berghofen, Unna und Holzwickede schwere Einbruchsdiebstähle ausgeführt. Beim Pastor v. Velsen in Unna fielen dem Diebe 400 *M.* und eine silberne Uhr in die Hände. Als Täter wurde der Anstreicher Wilhelm Linnepe aus Schwerte, der von seinem Truppenteil geflohen war, und sich in den Kreisen Dortmund, Hörde und Hamm umhertrieb, ermittelt. L., der inzwischen vom Kriegsgericht wegen Fahnenflucht zu einem Jahr Festung verurteilt worden ist, wurde gestern von der hiesigen **Strafkammer** zu 3½ Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Der Artist Julius Hasenbusch wurde **verhaftet,** weil er vor einigen Tagen einem hiesigen Bürger vor seinem Hause in der Kreuzstraße, nachdem er ihn um Auskunft gebeten hatte, eine goldene Uhr aus der Tasche gerissen hatte.

*

51. Westfälischer Provinzial-Landtag.

** **Münster,** 1. März. Nach vorausgegangenem Gottesdienst fand Sonntag mittag 1 Uhr die feierliche Eröffnung des 51. Provinzial-Landtages statt. In seiner Ansprache sagte der Landtagskommissar Exzellenz Freiherr von der Recke, nachdem er der letzten Anwesenheit der Majestäten auf westfälischem Boden gedacht hatte, daß die Verwaltung der Provinz sich in Bahnen bewege, die einen lebensfrohen Fortschritt erkennen lassen, die Haushaltspläne würden das kennzeichnen. Eine Erhöhung der Umlagen sei nicht erforderlich. Zwecks Beschränkung der Landtagsabgeordneten sei der Staatsregierung eine Abänderung der Provinzialordnung zu empfehlen. Eine Folge der Erhöhung der Besoldung der Staatsbeamten sei die Neuregelung der Gehälter der Provinzialbeamten, die mindestens die Höhe der Gehälter der Staatsbeamten erreichen sollen. Der Altersvorsitzende Rentner Schulze-Schenking brachte nach Wahl der Schriftführer das Kaiserhoch aus. Auf Vorschlag des Abg. Dr. Haarmann-Witten wird wieder Exzellenz Graf Landsberg-Steinfurt zum Vorsitzenden gewählt. Ein Saaldiener schmückte den Präsidentensitz mit einem Eichenkranz, in dem rote Nelken die Zahl 80 bilden, als Hinweis auf den 80. Geburtstag des Grafen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wird Abg. Geh. Rat Dr. Schmieding-Dortmund, wie bisher, gewählt. Den verstorbenen Mitgliedern Freiherrn von Lilien und Abg. Lohmann, sowie dem Kultusminister, früheren Landeshauptmann Dr. Holle widmet der Vorsitzende einen ehrenden Nachruf. In der nun folgenden 2. Sitzung werden die Wahlen zur Wahlvorbereitungskommission nach dem Vorschlage des Abg. Sternenberg getätigt und in der 3. Sitzung werden die Wahlen für die übrigen Kommissionen vorgenommen. Die Vorlagen betr. die Zahl der Abgeordneten und der Entwurf eines Talsperrengesetzes werden besonderen Kommissionen überwiesen.

*

** **Münster,** 1. März. **Einen qualvollen Tod** erlitt das Kind einer auf der Wolbeckerstraße wohnenden Familie. Die Mutter wollte das Kind baden. Nachdem sie das kochende Wasser in die Badewanne gegossen hatte, entfernte sie sich auf ein paar Minuten. Als sie wieder zurückkam, fand sie ihr Kind, sich windend vor Schmerzen, in der Badewanne. Das Kind, das in der Abwesenheit der Mutter in die Badewanne gestiegen war, starb bald darauf.

H **Elberfeld,** 2. März. **Der Detaillistenverband** von Rheinland und Westfalen hielt hier seine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht zählt der Verband 46 Ortsgruppen mit insgesamt 2950 Mitgliedern. Dem Verbande sind im laufenden Jahre 5 Vereine beigetreten: Dorstem, Wickede, Asseln, Eschweiler, Coesfeld und Bünde. Zur Frage des Ueberhandnehmens des Detailreisens nahm der Verband eine Entschließung an, in der es heißt: Die Tagung des Verbandes bestätigt das Vorhandensein schädigender Auswüchse im Wandergewerbe und beauftragt seinen Vorstand, geeignete Anträge zu deren Beseitigung an die gesetzgebende Körperschaft vorzubereiten. Es wurde ein Antrag angenommen, zum § 6 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Wandergewerbes, den Zusatz zu machen: „Falls ein Bedürfnis für den Betrieb des Wanderlagers nicht bestehen sollte, kann die Gemeindebehörde die Erteilung der Anmeldebescheinigung verweigern." In diesem Falle hat die Ausübung des Wandergewerbes zu unterbleiben. Als Ort der nächsten Sitzung wurde Essen gewählt.

*

Die Tat eines Wahnwitzigen.

Düsseldorf, 1. März. Ueber das Drama, welches wir bereits berichteten, schreibt die „Rh.-Westf. Ztg." folgendes: Der Gastwirt Vogel, aus der Schadowstraße, der anscheinend Polizeibeamte nicht leiden kann, hat im vergangenen Jahre eine größere Ausschreitung auf der Straße begangen, die ihm eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten eingetragen hat. Er richtete damals in der Oeffentlichkeit aufsehenerregende Beschuldigungen gegen die Polizei, die sich bei der Untersuchung als unbegründet herausstellten. Die Revision gegen das vorerwähnte Strafkammerurteil ist vor einigen Tagen vom Reichsgericht verworfen worden. Diese Tatsache scheint den Anstoß zu der Tat gegeben zu haben. Sonnabend abend gegen 10 Uhr erschien Vogel in der Wohnung des Polizeisergeanten Wurster in der Suitbertusstraße, wo er der Ehefrau des Beamten, die ihm die Tür öffnete, erklärte, er müsse unbedingt ihren Mann sprechen. Als der Beamte erschien, streckte ihn Vogel durch einen Revolverschuß nieder, ehe er ein Wort sagen konnte. Die Kugel war in die Herzgegend eingedrungen, was zur Folge hatte, daß Wurster wenige Minuten nach seiner Einlieferung in das städtische Krankenhaus starb. Auf der Flucht schoß Vogel zweimal auf einen an der Ecke Bismarckallee und Friedrichstraße stehenden Polizeiposten, ohne zu treffen. Er wurde festgehalten, doch gelang es ihm, nachdem er den Beamten gebissen hatte, zu entkommen. Er lief unter einen Eisenbahntunnel, von wo aus er seine Verfolger durch Revolverschüsse zurückhielt, um schließlich hinter einer Hecke zu verschwinden. Einige Stunden später tauchte er plötzlich in einem Droschken-Telephonhäuschen am Schadowplatz auf, wo er zwei Revolver, sowie einen Geldbetrag von 300 *M.* hinterlegte, um sich dann unter Mitnahme eines dritten Revolvers zu entfernen. Heute vormittag wurde der Mörder als Leiche gefunden auf einem ver[illegible]en Friedh[illegible] am Kaiser Wilhelmpark. Die Ortsbesichtigung ergab, daß Vogel sich zuerst zu erhängen versucht hat, worauf eine um seinen Hals geschlungene Schlinge hindeutet. Der andere Teil des Stricks hing an einem Baume. Als dieser Selbstmordversuch fehlschlug, hat er sich mit einem großen Armeerevolver erschossen. Die Kugel hatte die Schädeldecke gespalten, was zur Folge hatte, daß der Mörder und Selbstmörder in einer großen Blutlache lag. Der ermordete Wurster galt bei seinen Vorgesetzten als tüchtiger Beamter, ebenso war er beim Publikum wegen seines freundlichen Wesens allgemein beliebt.

*

** **Düsseldorf,** 2. März. **(Der Besuch von Warenhäusern für Schüler verboten.)** Die Direktoren der hiesigen höheren Lehranstalten haben, wie die „Mittelstandszeitung" meldet, den Schülern den Besuch der Warenhäuser ohne Begleitung der Eltern verboten. Als Hauptgrund des Verbotes werden Vorkommnisse genannt, wonach die ungefestigten Charaktere der Kinder durch die aufgestapelten und fast überall ungenügend bewachten Schätze sich zu Entwendungen hatten hinreißen lassen.

** **Düsseldorf,** 1. März. **Die Strafkammer** verurteilte den Maschinenbauer Ernst Kremer, der wegen Heiratsschwindels schon 12 Jahre Gefängnis verbüßte, und hier mehrere Mädchen wiederum unter falschen Vorspiegelungen um ihre Ersparnisse brachte, zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

* **Köln,** 1. März. **Eine gewaltige Demonstration** der Katholiken gegen die Angriffe, die neuerdings gegen die katholische Kirche gerichtet worden sind, fand hier statt. Zwanzig Versammlungen wurden in Köln und den Vororten abgehalten, die einen ungeheueren Besuch aufwiesen. Kardinal Erzbischof Dr. Fischer und Weihbischof Dr. Schmidt wohnten zweien dieser Versammlungen bei. In der Hauptversammlung, in der Bürgergesellschaft, verbreitete sich der Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Brauns, über die Ziele des Christentums und der Sozialdemokratie. „Der Kampf der Gegenwart gelte dem Massenproblem, der Arbeiterschaft. Es sei notwendig, daß die katholische Ueberzeugung auch im praktischen Leben zur Geltung gebracht werde. Die katholische Kirche sei der Fels, an dem auch die Sozialdemokratie zerschellen werde." Die weiteren Redner betonten die Notwendigkeit einer weiteren Organisation des katholischen Volksvereins. Mit dem Stimmzettel in der Hand müsse der Katholik seine religiöse Ueberzeugung vertreten gegenüber der Sozialdemokratie und dem Scharfmachertum, das sich in seiner Feindschaft gegen die Religion zusammengefunden habe. Kardinal Erzbischof Dr. Fischer, der mit donnerndem Hoch begrüßt wurde, erklärte, daß er von der gewaltigen Kundgebung tief ergriffen und erschüttert sei. Sein Herz, sagte der Redner, habe geblutet bei den scharfen Angriffen gegen die Grundwahrheiten der Kirche. Die Priester seien verhöhnt worden. Der Kardinal sprach dann besonders für den Schutz der katholischen Jugend und wies darauf hin, daß weitere Kundgebungen in diesem Sinne an den nächsten Sonntagen in Deutschland stattfinden würden. — Zum Schluß erteilte der Kardinal der Versammlung seinen Segen.

** **Bonn,** 1. März. **(Leichen gelandet.)** Bei Mehlem wurden zwei männliche Leichen aus dem Rhein gelandet, wovon die eine schon in Verwesung übergegangen war und die andere anscheinend die eines verunglückten Schiffers war.

*

Grosser Diebstahl auf dem Schloss.

Hönningen, 1. März. Auf dem der Gräfin Westerholt gehörigen Schlosse Arenfels sind Schmucksachen, Ringe, Uhren und Pretiosen, vorwiegend der Schmuck der Gräfin, soweit bis jetzt festgestellt ist, in einem Werte von insgesamt über hunderttausend Mark gestohlen worden. Näheres über die Angelegenheit wird zurzeit noch nicht veröffentlicht. Die Polizei ist noch mit Ermittlungen beschäftigt. Sämtlichen größeren Polizeiverwaltungen des Rheinlandes und der benachbarten Provinzen wurde die Mitteilung von dem Diebstahl gemacht, um den Pfandleihern und Althändlern eine Warnung zugehen zu lassen. Die Diebe, wahrscheinlich internationale Einbrecher, sind durch ein Fenster in die Schloßräume gestiegen und haben eine verschlossene Tür und mehrere Schränke erbrochen, in denen ausschließlich Schmucksachen von hohem Werte aufbewahrt wurden. Allem Anscheine nach haben die Diebe mit den Verhältnissen im Schlosse Bescheid gewußt. Die Gräfin befindet sich mit zweien ihrer Söhne und einer Tochter seit etwa acht Tagen auf einer Vergnügungsreise in Algier, von der sie Ostern zurückkehren wollte. Ein Sohn, Graf Wilhelm von Westerholt, dient bei den Bonner Husaren als Offizier und ist auf die Nachricht von dem Diebstahl im Schlosse eingetroffen. Als der Einbruch ausgeführt wurde, befanden sich nur ein Diener und einige Mägde im Schlosse, von denen kein Geräusch vernommen wurde. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet. Ein Polizeihund aus Aachen und einer aus Köln konnten die aufgenommene Spur nur eine kurze Strecke weit verfolgen. Die genaue Höhe des Wertes der gestohlenen Gegenstände kann nur die Gräfin nach ihrer Rückkehr angeben. Man spricht von Hunderttausenden von Mark. Unter den im Schlosse Ahrensels bei Hönningen gestohlenen Gegenständen befinden sich mit Brillanten besetzte Orden und Dosen, Geschenke berühmter Persönlichkeiten, wie Napoleon I., Friedrich Wilhelm IV. und Papst Leo XIII. Von den Dieben hat man noch keine Spur. Die Einbrecher öffneten die Schränke mit Schlüsseln, die sie sich von einer nur vertrauten Persönlichkeiten bekannten Stelle holten.

Aus aller Welt.

— **Die Bauarbeiten am Rhein—Weser-Kanal.** Die Ausführung des Kanals hat im verflossenen Jahre befriedigende Fortschritte gemacht; die Vorarbeiten sind in der Hauptsache abgeschlossen. Bis auf die westliche Mündungsstrecke des Kanals und die Linienführung bei Hannover ist die Planfeststellung beendet. An vielen Stellen, insbesondere im Westen, konnte die eigentliche Bausausführung in Angriff genommen werden. Beim Rhein—Herne-Kanal wird zunächst eine Schleuse mit dem Ausgang nach dem Ruhrorter Hafen gebaut werden, eine zweite, die in die Ruhr münden soll, wird erst später zur Ausführung kommen. Die Erdarbeiten sind auf der östlichen Strecke bereits vergeben, dabei werden 13 Millionen Kubikmeter Boden ausgehoben. Von 27 Straßenbrücken sind fünf annähernd fertig, während von 20 Eisenbahnbrücken ein Teil bereits im Betrieb, ein anderer nahezu fertig ist. Alle Bauwerke werden so eingerichtet, daß sie den durch Bergbau hervorgerufenen Bodensenkungen in erheblichem Umfang folgen können. Um ein gleichmäßiges Sinken des Geländes zu fördern, wird versucht, mit den Besitzern der beteiligten Zechen ein Abkommen zu treffen, das einen geregelten Abbau unter den Kanalbauwerken gewährleistet. Anträge auf Anlage von Häfen sind schon in zahlreichen Fällen hervorgetreten. Gleichzeitig mit dem Rhein—Herne-Kanal soll die Ausführung des Lippeseitenkanals Datteln—Hamm erfolgen. — Die Ergänzungsbauten am Dortmund—Ems-Kanal sind gut fortgeschritten. Am Ems—Weser-Kanal sind die Arbeiten noch nicht so weit gediehen wie an den westlichen Kanalteilen, jedoch ist die Linienführung nunmehr endgültig festgelegt, nachdem auch der Nordabstieg bei Minden zur Ausführung bestimmt ist. Mit den Erdarbeiten konnte an einer Stelle begonnen werden

*

Die Zeppelin-Nordpolfahrt.

Der Kaiser hat auf Vorschlag des Prinzen Heinrich von Preußen, als des Vorsitzenden des Zeppelin-Nordpolexpedition-Ausschusses, hin bestimmt, daß der im Dienste der „Internationalen Meeresforschung" stehende Reichsdampfer „Poseidon" als Aufklärungs- und Begleitschiff der Expedition für die nächsten beiden Jahre in Dienst gestellt wird.

Der „Poseidon", dessen Heimatshafen Geestemünde ist, und der u. a. schon mehrfach den Fürsten Albert von Monaco auf Tiefseeforschungsreisen beherbergt hat, fährt am 25. Juni nach dem hohen Norden ab und wird sich am 7. Juli in Narwick mit seinem Begleitschiff, einem für zwei Jahre gecharterten schwedischen Holzdampfer, vereinigen. Beide Fahrzeuge erhalten funkentelegraphische Apparatausrüstung, die beim „Poseidon" eine beträchtliche Reichweite haben wird. Für die Dauer der Zeppelin-Expedition soll von der Deutschen Telefunkengesellschaft noch eine dritte — Lust- und Hilfs- — Station in den norwegischen Fjorden für drahtlose Relaiszwecke eingerichtet werden.

*

— **Der Quellensucher gestorben.** Der in ganz Deutschland bekannte Quellensucher mit der Wünschelrute Gutsbesitzer frühere Landrat von Bülow aus Bothkamp ist gestorben. Er war viele Jahre lang Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und gehörte der konservativen Partei an. 1907 legte er sein Mandat nieder und im Januar d. J. wurde er auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen.

— **Begnadigt.** Der Amtsrichter Pfaff in Lobsens, der vor einigen Monaten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er einen an ihn gerichteten Zahlungsbefehl beiseite gelegt hatte, ist jetzt, nachdem seine Revision vom Reichsgericht verworfen worden ist, vom Kaiser zu 14tägiger Festungshaft begnadigt worden.

— **Die Erhebung einer Anklage** gegen den Schwiegersohn Eulenburgs, Kunstmaler Haas-Heye wegen angeblicher Vergehen gegen § 175 wird von Frau Haas-Heye energisch bestritten. Auch die Staatsanwaltschaft in München und die Polizei in Partenkirchen erklären von einem Strafverfahren nichts zu wissen.

— **Ein Rathaus niedergebrannt.** In dem Städtchen Dommitzsch a. Elbe brannte in der letzten Nacht das städtische Rathaus, das aus dem 17. Jahrhundert stammt, nieder. Dabei sind viele städtische und amtsgerichtliche Akten vernichtet worden. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Ein Feuerwehrmann wurde verletzt.

— **Die schwarzen Pocken** haben aus den seit längerer Zeit verseuchten Kreise Marienburg jetzt auch nach Danzig übergegriffen. Ein Fähnrich der Kriegsschule, der vor kurzem privatim in Marienburg weilte, wurde pockenverdächtig in das Danziger Garnisonlazarett eingeliefert. Die Pockenverdacht wurde bestätigt. Die Behörden haben umfassende Maßregeln getroffen.

— **Urteil** im Görlitzer Musikhallenprozeß. Nach sechstägiger Dauer des Prozesses wurde der Angeklagte Martini wegen Vergehens gegen die §§ 220 und 230 StGB. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Naumann wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit eine Verurteilung nicht erfolgte, der Staatskasse zur Last.

— **Frauenmord in Görlitz.** Dienstag früh wurde in einem Nebenarm der Neiße nahe dem Ufer bei der städtischen Badeanstalt von Badepächter die Leiche eines Mädchens gefunden, unweit davon lag ein Handtäschchen, etwas weiter eine Herrenkrawatte. Dem etwa 27 bis 30 Jahre alten Mädchen, anscheinend ein Dienstmädchen, war die Kehle durchschnitten und der Körper mit Stricken umschnürt. Der Mord ist jedenfalls in der voraufgegangenen Nacht verübt worden; es gelang bisher noch nicht, die Tote zu rekognoszieren, und auch von dem Täter fehlt noch jede Spur.

— **Ein Kampf mit Wilderern.** Auf dem Jagdgebiet des Dorfes Büdingen bei Diedenhofen hatte der Oberleutnant Frhr. v. Waldenfels vom 4. bayerischen Infanterie-Regiment in Metz einen Zusammenstoß mit Wilderern. Einer von ihnen gab auf den Offizier einen Schuß ab, ohne ihn zu treffen. Der Oberleutnant erwiderte den Schuß und verletzte den Wilderer schwer, aber nicht lebensgefährlich. Aus der Lage der Wunde ist zu erkennen, daß der Getroffene den Schuß in dem Augenblicke erhielt, als er im Anschlag lag.

*

Zur Affäre Hofrichter.

Dienstag mittag wurde die Gattin des Oberleutnants Adolf Hofrichter, der unter der Beschuldigung des Giftmordes steht, vom Gericht in der Angelegenheit ihres Gatten vern[illegible]

Frau Hofrichter sucht die ihren Mann schwer belastenden Indizien auf ganz harmlose Weise zu erklären. Sie gab an, daß für ihren Gatten jedes Motiv zur Tat gefehlt habe, da er sich ihres Wissens nicht mit dem Gedanken getragen habe, nach seiner Versetzung zur Truppe noch einmal in den Generalstab zu kommen. Hofrichter sei am 4. November von Linz nach Wien gereist, um seine Gattin zu besuchen. Der Besuch sei auf ausdrücklichen Wunsch seiner Gattin erfolgt. Hofrichter sei schon um ½7 Uhr morgens in der Wohnung seiner Frau angekommen. In der kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, hätte er keine Gelegenheit gehabt, die Briefe mit den Giftpillen aufzugeben, da er sonst den Stadtbahnzug versäumt hätte. Die Frau Hofrichter sucht die aufgefundenen kleinen Schachteln, die genau denen gleichen, die an die 14 Generalstäbler gesandt worden waren, damit zu erklären, ihr Mann habe ihr versprochen, ihr ein Necessaire zu machen.

*

— **Der Wiener Duellant,** Statthaltereikonzipist Dr. Oskar Meyer, der den Baron Widerhofer im Duell erschossen hat, hat sich dem Wiener Landgericht selbst gestellt. Er war nach dem Duell am Sonnabend nach Zürich gereist, aber nicht um zu flüchten, sondern nur um Zeit für die notwendigsten Dispositionen zu gewinnen. Ueber die Vorgeschichte des Zweikampfes wird folgendes bekannt: Dr. Meyer ist seit 1½ Jahren verheiratet und besitzt eine Villa in Scheidt. Der mit ihm befreundete Baron Widerhofer soll nun versucht haben, mit Frau Dr. Meyer Beziehungen anzuknüpfen, trotzdem er selbst jung verheiratet war. Dr. Meyer blieben diese Versuche nicht unbekannt, und als er ohne vorherige Anmeldung plötzlich in seine Villa zurückkehrte, und den Baron dort antraf, prügelte er ihn mit einer Hundepeitsche derart, daß der Baron mehrfach verletzt zusammenbrach. Baron Widerhofer erstattete hiernach gegen Dr. Meyer bei der Gendarmerie Anzeige wegen Körperverletzung, und außerdem kam es zu der bekannten Forderung. — Bei der Obduktion der Leiche des Barons, die nunmehr stattfand, entdeckte man einen merkwürdigen Umstand, der noch unaufgeklärt ist. Baron Widerhofer mußte zum Duell bekanntlich mit einer bandagierten rechten Hand antreten und mit der linken schießen. Nun fand man aber in der Rechten bei der Oeffnung eine Schußwunde am rechten Handgelenk, deren Entstehen man sich nicht erklären kann.

— **Eine dänische Bataillonskasse gestohlen.** Im Karstell von Kopenhagen wurde eine Bataillonskasse gestohlen, die zirka 12000 Kronen enthielt, die für Löhnungen bestimmt waren. Die Polizei soll dem Dieb auf der Spur sein.

— **Ermordet und beraubt.** In Sillens bei Burhave wurde Montag morgen die Witwe Heinrich Bergmann mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden. Der Verdacht, die Bluttat begangen zu haben, richtet sich gegen einen früheren Verlobten einer Tochter der Ermordeten. Ein Sparkassenbuch und bares Geld wurden entwendet.

— **Polizei und Mob.** In Beuthen kam es zwischen der Polizei und einer Rotte junger Burschen, die einen verhafteten Straßenräuber befreien wollten, zu blutigen Zusammenstößen. Die Beamten wurden mit Messern, Knütteln und Steinen bearbeitet. Der Verhaftete wurde den Beamten entrissen und ist entflohen. Der Polizeisergeant Steuer wurde durch 14 Stichwunden tödlich, andere Polizisten leichter verletzt. Es gelang, fünf der Burschen zu verhaften.

Neueste Nachrichten

Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch wurde die Beratung des Etats der Bergverwaltung fortgesetzt. Handelsminister Sydow führt aus: Das gerichtliche Verfahren über die

Radbodkatastrophe

ist noch nicht abgeschlossen. Die Zeugenvernehmungen sind beendet. Ein Sachverständiger, der ohne Mitwirkung der Bergbehörde ernannt worden ist, ist mit der Ausarbeitung eines Gutachtens beauftragt. Die Bergpolizeibehörde hat die Aufräumungsarbeiten sehr gefördert. Der Referent aus dem Ministerium ist selbst sechsmal in der Grube gewesen. Arbeitervertreter sind auch zu der Untersuchung herangezogen worden. Später hat aber der Knappschaftsvorstand die Entsendung weiterer Arbeitervertreter abgelehnt. Vielleicht ist das Unglück durch Spalten, die man jetzt festgestellt hat, entstanden. Es sind jetzt auf der Grube eine ganze Reihe von Verbesserungen zur Sicherung gegen ähnliche Unfälle eingeführt. Damit, daß den Witwen von Radbod die Spende um die Gerichtskosten ihres verlorenen Prozesses gekürzt werde, hat das Ministerium nichts zu tun. Die für die Witwen gesammelte Spende steht unter privater Verwaltung. Wir haben kein anderes Interesse in der Radbodangelegenheit, als daß die Ursache unparteiisch festgestellt wird und daß Vorbeugungsmaßnahmen gegen ähnliche Unfälle getroffen werden. Man berührte auch gestern die Rentabilität der fiskalischen Gruben. Die gemachten Vorschläge zu einer größeren Rentabilität werden eingehend geprüft werden. Die Arbeiterlöhne sind in unseren Gruben trotz der allgemeinen Depression nicht zurückgegangen. Die Behandlung der Arbeiter muß ruhig, ernst und menschenfreundlich sein.

Abg. Korfanty (Pole): Man sollte den Arbeitern mehr Einfluß bei der Bergwerkskontrolle einräumen. Die Regierung muß die Löhne der Bergarbeiter aufbessern. Ausländischen Bergleuten dürften keine Aufenthaltserschwernisse gemacht werden. Die oberschlesische Kohlenindustrie wird jetzt durch die englische Konkurrenz schwer geschädigt. Zum guten Teil ist das auf den polnischen Boykott zurückzuführen. — Abg. Imbusch (Ztr.) fordert ausreichende Garantien für die Geheimhaltung der Wahlen der Knappschaftsältesten. Die Sozialdemokratie gebärdet sich immer als die alleinige Vertreterin der Bergarbeiter. Aber sie hat Gelder, die für die notleidenden Bergarbeiter während des Streiks gesammelt waren, den russischen Revolutionären zugesandt und die Bergleute in der Not sitzen lassen.

Abg. **Schmieding** (natlb.):

An der niedrigeren Rentabilität der Bergwerke sind die höheren Löhne nicht schuld. Im Ruhrrevier haben wir höhere Löhne und niedrige Kohlenpreise. Trotzdem ist die Rentabilität dort gut. Mit Freuden konstatiere ich, daß der Arbeitsnachweis im Ruhrrevier nicht besprochen worden ist. Die Arbeiter werden schon die erfreuliche Wirkung dieses Arbeitsnachweises spüren. Redner polemisiert dann noch gegen das Zentrum, speziell die Ausführungen des Abg. Gronowski.

Abg. Gyßling (frs. Vp.) wünscht eine weitere Exploration der Braunkohlenlager in Posen und Ostpreußen. — Abg. Lohmann (natl.) wendet sich gleichfalls gegen das Zentrum. Bei den Reichstagswahlen von 1907 hat das Zentrum den Sozialdemokraten 12 Mandate verschafft. In Hamm-Soest haben beide Parteien sogar eine gemeinschaftliche Siegesfeier veranstaltet. Das Zentrum hat zuletzt ein Recht, hier über Verschärfung des Tones sich zu beschweren. Von wem geht denn die Verschärfung des politischen Tones bei uns aus? Vom Zentrum! Das Zentrum unterstützt überall die nationalfeindlichen Elemente, Elsässer, Welfen und Polen.

Abg. **Gronowski** (Ztr.):

Ueber den Ton läßt sich streiten! Die Nationalliberalen gehen mit den Sozialdemokraten zusammen und haben darum nicht das Recht, uns Belehrungen über den guten Ton und über nationale Gesinnung zu geben. Wir stehen an Vaterlandsliebe niemandem nach.

Der sozialdemokratische Antrag auf genauere Kenntnisgabe der Bergarbeiter-Lohnverhältnisse wird sodann abgelehnt. Nächste Sitzung Freitag.

Linienoffiziere für die Garde.

H **Berlin,** 2. März. Wie das „Berl. Tagebl." erfährt, sind die Regimentskommandeure der Linienregimenter aller Waffengattungen durch das Militärkabinett aufgefordert worden, je einen bürgerlichen Offizier namhaft zu machen, der sich für die Versetzung in die Garde eignet.

Schwerer Unfall eines deutschen Aviatikers.

H **Dresden,** 2. März. Bei einem Flugversuch ist gestern der deutsche Aviatiker Lange auf dem Flugplatz Dresden-Müggel verunglückt. Der Apparat schlug infolge eines Windstoßes um und stürzte aus einer Höhe von 8 Metern nieder. Er begrub den Aviatiker unter sich, der schwere Verletzungen erlitt. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Lustmorde.

H **Halle** (Saale), 2. März. In der Burgwerden wurde aus der Saale die Leiche eines 12jährigen Mädchens gelandet, die mit ziemlicher Bestimmtheit als die Tochter des Justizrats Weber aus Naumburg rekognosziert wurde. Nach den Verletzungen, die die Leiche aufweist, scheint es sich um Lustmord zu handeln. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt.

⊠ **Augsburg,** 2. März. Die 26 Jahre alte Bauerstochter Juliana Brenner aus Binsberg wurde auf dem Wege von Donauwörth nach vorangegangenem Sittlichkeitsverbrechen ermordet und beraubt. Der Körper wurde furchtbar verstümmelt. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

H **Paris,** 2. März. Auf einer Baustelle in der Rue Bozaris wurde der Kopf eines blondhaarigen, etwa 16jährigen Mädchens gefunden. Die Oberlippe, die Nase und das rechte Ohr fehlten. Einer anatomischen Sammlung entstammt der Kopf nicht. Die Polizei nimmt vielmehr Lustmord an. — Wie aus Dijon gemeldet wird, hat man in einem Walde in der Nähe der Stadt eine weibliche Leiche ohne Kopf gefunden.

Verhaftung einer jugendlichen Diebesbande.

H **Kassel,** 2. März. Hier wurde eine jugendliche Diebesbande verhaftet, die aus 5 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren bestand. Die Mädchen hatten in den letzten Tagen zahlreiche Einbruchsdiebstähle in hiesige Verkaufsläden verübt.

Der Konkurrent Zeppelins.

H **Stuttgart,** 2. März. Vor der hiesigen Strafkammer wurde der 65 Jahre alte Uhrmacher Oskar Lange aus Mühlberg an der Elbe wegen versuchter Erpressung und Beleidigung, begangen an den Grafen Zeppelin, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte an den Grafen Zeppelin unter verschiedenen Bedrohungen Briefe gerichtet, in welchen er dem Grafen nahelegte, das von ihm erfundene starre System um 10000 Mark abzukaufen. Graf Zeppelin, der in der Verhandlung selbst anwesend war, erklärte, daß er von der Erfindung des Angeklagten nichts gewußt habe. Geheimrat Hergesell, der als Zeuge anwesend war, sagte, daß die Erfindung des Angeklagten mit derjenigen des Grafen Zeppelin nicht das geringste zu tun hätte. Im übrigen ging aus dieser Verhandlung hervor, daß Graf Zeppelin seine Erfindung schon 1897, der Angeklagte erst 1898 patentieren ließ. Der Staatsanwalt beantragte 2½ Monate Gefängnis. Der Rechtsanwalt des Grafen Zeppelin erklärte jedoch, daß es dem Grafen lediglich darauf ankomme, von dem lästigen Briefschreiber befreit zu werden und daß er auf die Höhe des Urteils keinen Wert lege.

Explosion eines Hochofens.

H **Metz,** 2. März. Auf dem Hüttenwerk bei Bachingen (Lothringen) explodierte ein Hochofen. Ein Arbeiter wurde von einem Sprengstück getroffen, 10 Meter weit fortgeschleudert, und später tot aufgefunden. Ein anderer Arbeiter wurde von dem flüssigen Inhalt des Hochofens überschüttet und schwer verbrannt.

Vom Sterbelager Dr. Luegers.

H **Wien,** 1. März. (11 Uhr 58 Min. abds.) Soeben wird aus dem Rathaus gemeldet: Der Kräfteverfall des Bürgermeisters Dr. Lueger läßt sich nicht mehr aufhalten, da die Ernährung durch Nährklysmen nicht mehr möglich ist. Der Darm ist so gereizt, daß er die so eingeführte Nahrung nicht mehr behält. Der Bürgermeister erwachte gestern nach 1¼stündigem Schlaf. Das konvulsivische Schluchzen trat wieder heftiger auf.

Blutiges Duell.

H **Rom,** 2. März. Vor den Toren Roms fand unter schweren Bedingungen ein Duell zwischen dem General Folchi und dem Fürsten Deldrago statt. Letzterer erhielt eine schwere Kopfwunde. Deldrago hatte Folchi Geld geliehen. Wegen dieser Geldforderung kam es zwischen beiden zum Duell. Die Angelegenheit dürfte ein gerichtliches Nachspiel haben.

Das Revolverattentat im Kontor.

⊠ **London,** 2. März. Im Kontor von Sassoon & Co. in der City Londons erschien ein orientalisch gekleideter Mann und verlangte den dort seit Jahren angestellten türkischen Korrespondenten Nissin zu sprechen. Nachdem er einige Worte mit diesem gewechselt hatte, zog er einen Revolver und feuerte 6 Schüsse auf Nissin ab, der lebensgefährlich getroffen zu Boden stürzte. Der Täter, der verhaftet wurde, gab an, er heiße Alfred Cecil und sei ein Bruder des Getöteten und türkischer Untertan in Bagdad. Ueber den Grund zu der Tat machte er keine Angaben.

Standesamt Kamen.

Vom 1. bis 15. Februar 1910.

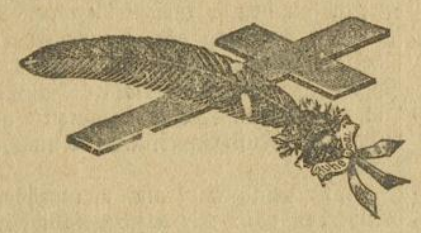
Aufgebote: Bergm. K. Schön u. Alwine Bräckelmann, Kamen u. Unna-Königsborn; Friseur H. Grosser u. Dorothea Dullweber, Kamen; Schlosser A. Thiel u. geschiedene Ehefrau Martha Krüger geb. Hausschild, Kamen; Kaufm. E. Mörges u. Lina Jordan, Rheydt u. Kamen.

Vermählte: Bergm. A. Simon u. Hedwig Roszak, Kamen; Tischler E. Vorwig u. Mathilde Schäckermann, Kamen u. Asseln; Friseur H. Heerbeck u. Ida Nennstiehl, Kamen u. Marten.

Geboren: Ein Sohn den Nachbenannten: Sattler K. Neuhoff; Straßenbahnwagenführer K. Lunenberg; Hilfsweichensteller E. Wiescheloh; Schreiner W. Ruckebier; Bergm. K. Löbbe; Bergmann J. Pagenkämper. — Eine Tochter den Nachbenannten: Tagesarb. S. Kilpinski; Magazinverwalter H. Gockel; Bohrmeister J. F. F. Schulze; Kaufm. W. Etling (Zwillinge); Oberpostschaffner F. Lohsträter; Bergm. K. Kampmann.

Gestorben: W. Rebbe, 3 J.; Ehefrau Heider geb. Felgenhauer, 57 J.; Ehefrau Luise Schnadt geb. Meyer, 59 J.; E. Willmann, 3 M.; Maurer H. Dickel, 49 J.; E. Gast, 9 M.; H. Eckardt, 2 M.; P. Bartsch, 6 M.; Bergm. F. Edelbrauck, 19 J.; Ehefrau Berta Detampel geb. Brüggemann, 28 J.; Ehefrau Graas geb. Jühe, 64 J.; Elfriede Blümel, 1 M.; — 1 Totgeburt.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Kamen.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 4 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, unsere treusorgende Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Wilhelm Wienke

geborene **Knöpper**

nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden im Alter von beinahe 29 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen an mit der Bitte um stille Teilnahme

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bergkamen, Weddinghofen, Overberge, Pelkum, Kamen, den 1. März 1910.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr vom Sterbehause aus statt. 320

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung,

Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

Weiss- und Wasserkalk.

Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.

Spezialität: **Grab-Denkmäler**

in Marmor, Syenit u. Sandstein. 167

Recht locker

muss der Kuchen sein, wenn er gut bekommen soll. Man versuche

Dr. Oetker's Gesundheits-Kuchen.

Zutaten: 100 g Butter, 100 g Zucker, 4 Eier, das Weisse zu Schnee geschlagen, 250 g Weizenmehl, 1 Päckchen **Dr. Oetker's Backpulver,** das abgeriebene Gelbe einer halben Zitrone, 4 Esslöffel voll Milch.

Zubereitung: Die Butter rühre zu Sahne, gib Zucker, Eigelb, Milch, Mehl, letzteres mit dem Backpulver gemischt, hinzu und zuletzt das Zitronengelb und den Eierschnee. Fülle die Masse in die gefettete Form und backe den Kuchen in ca. ¾ Stunden.

Dr. Oetker's Gesundheits-Kuchen

ist sehr leicht verdaulich für Kinder und Kranke. Alle für den Körper notwendigen Nährstoffe sind in ihm enthalten. Lässt man solch einen Stark-Kuchen in warmer Milch zergehen, so gibt dies eine vorzügliche Speise für kleine Kinder. 234

Kirchliche Nachrichten.

Evangelisch-lutherische Kirche.

Freitag den 4. März.

7 Uhr: Passions-Gottesdienst.

Pastor Ewald.

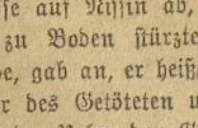
Eine

Wohnung

mit Stallung und Garten zum 1. April zu vermieten.

Metzler,

304 Friedr. Lehmhaus



Diejenigen, welche sich für den **Radfahrer-Verein „Deutsche Treue"** interessieren, mögen sich am **Sonntag punkt 3 Uhr** im Vereinslokale des Wirts Herrn Heinr. Rocholl einfinden.

318 **Mehrere Fahrer.**

Kaufhaus für Lebensmittel

Johanna Glaesser

Weststraße 21 Fernruf 114

empfiehlt

Donnerstag eintreffend

Ia. Nordseeschellfisch

Ia. Bratschellfisch.

Quedlinor-Eierfarben

Quedlinor-Papier.



Brauns'sche Eierfarben

Reizende Färbemittel

— für Oster-Eier! —

Käuflich in Apotheken, Drogen- und Farbenhandlungen.

150 b685

Auf sofort ein tüchtiges

Dienstmädchen

gesucht. 321

Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

„Warm zu empfehlen ist der Gebrauch von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** bei **Rauhigkeit u. Schuppungen der Haut,** bei leichter Ichthyosis, ganz besonders bei **Unreinheiten** derselben, wenn **Mitesser und deren Folgezustände,**

Pickel,

Knötchen, Pusteln u.s.w. das bekannte, unschöne Gesichtsbild hervorrufen." Das ist das Urteil d. Dr. med. W. über **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** a Stck. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugehör. **Zuckooh-Creme** 75 Pf. u. 2 M., ferner **Zuckooh-Seife** (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. Bei **Heinrich Jacobi, Germania-Drog., Carl Müller jun., Löwen-Drog., u. H. P. Thiel, Drog.; in Heeren: Ew. Thiel.** 46

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die §§ 26 bis 62 und 66,6 der Deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 — Neudruck 1904 — werden alle zur Gestellung verpflichteten Militärpflichtigen des Aushebungsbezirks Hamm-Landkreis aufgefordert, sich vor der vom 3. bis einschließlich den 18. März 1910 versammelten Ersatzkommission pünktlich zu gestellen. Die Termine zur Musterung sind wie folgt festgesetzt:

I. Im Lokale des Wirts Buschkühle in **Hamm**, Friedrichsplatz, vormittags 8 Uhr:
Freitag, den 4. März, für die Militärpflichtigen
a) des Amtes Rhynern aus dem Jahre 1889,
b) des Amtes Pelkum, Bezirk Hamm, aus dem Jahre 1889;
Samstag, den 5. März, für die Militärpflichtigen des Amtes Pelkum aus dem Jahre 1888 und diejenigen des Amtes Pelkum, Bezirk Hamm, ausschließlich der Gemeinde Wiescherhöfen aus dem Jahre 1890;
Montag, den 7. März,
a) für die Militärpflichtigen der Gemeinde Wiescherhöfen aus dem Jahre 1890,
b) Prüfung der Reklamationen der während der vorbezeichneten Tage als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen.

II. In dem Lokale des Wirts Friedrich Hausemann in **Kamen**, Weststraße 9, vormittags 7½ Uhr:
Dienstag, den 8. März, für die Militärpflichtigen der Stadt Kamen aus den Jahren 1889 und 1890;
Mittwoch, den 9. März
a) für die Militärpflichtigen der Stadt Kamen aus dem Jahre 1888,
b) für die Militärpflichtigen des Amtes Pelkum, Bezirk Kamen, aus den Jahren 1888 und 1889;
Donnerstag, den 10. März,
a) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Kamen, aus dem Jahre 1888,
b) für die Militärpflichtigen des Amtes Pelkum, Bezirk Kamen, aus dem Jahre 1890;
Freitag, den 11. März,
a) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Kamen, aus dem Jahre 1889 und
b) desselben Amtes ausschließlich der Gemeinde Westick aus dem Jahre 1890;
Samstag, den 12. März,
a) für die Militärpflichtigen der Gemeinde Westick aus dem Jahre 1890,
b) Prüfung der Reklamationen der während der Musterungstage in Kamen als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen.

III. Im Lokale des Wirts Meininghaus in **Unna**, Königstraße, vormittags 7½ Uhr:
Montag, den 14. März, für die Militärpflichtigen der Stadt Unna aus den Jahren 1888 und 1889;
Dienstag, den 15. März, für die Militärpflichtigen der Stadt Unna aus dem Jahre 1890;
Mittwoch, den 16. März,
a) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Unna, aus dem Jahre 1888,
b) für die Militärpflichtigen des Amtes Fröndenberg aus den Jahren 1888 und 1890;
Donnerstag, den 17. März,
a) für die Militärpflichtigen des Amtes Fröndenberg aus dem Jahre 1889,
b) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Unna, aus dem Jahre 1889,
c) für die Militärpflichtigen desselben Amtes ausschließlich der Gemeinden Mühlhausen und Niedermassen aus dem Jahre 1890;
Freitag, den 18. März,
a) für die Militärpflichtigen der Gemeinden Mühlhausen und Niedermassen aus dem Jahre 1890,
b) Prüfung der Reklamationen der während der Musterungstage in Unna als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen;
Losung. Die Losung ist auf Samstag, den 19. März, festgesetzt, und zwar findet dieselbe in dem Musterungslokale des Wirts Meininghaus in Unna statt.

Dieselbe beginnt vormittags 8 Uhr. Es bleibt den Militärpflichtigen des Jahrgangs 1890 überlassen, sich zu diesem Termin persönlich einzufinden.

Etwaige Restanten sind mit dem ältesten Jahrgange vorzustellen.

Diejenigen zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten, welche Ausstand auf Grund des § 93 der Wehrordnung erhalten haben, sind von ihrem Erscheinen zur Musterung entbunden, ebenso diejenigen Leute, welche sich im Besitz gültiger Annahmescheine befinden. (§ 85,3 der Wehrordnung.)

Ausbleiben der zur Gestellung Verpflichteten ohne gehörige und begründete Entschuldigung, unpünktliches Erscheinen, ruhestörender Lärm in oder vor einem der Musterungslokale, sowie Trunkenheit werden unnachsichtlich bestraft.

Es wird erwartet, daß die Militärpflichtigen sauber gewaschen und in reiner Kleidung erscheinen, andernfalls dieselben nicht gemustert, dagegen auf den folgenden Tag neu beordert werden.

Die Prüfung der zur Erörterung gelangenden Reklamationen findet, wie bereits vorstehend vermerkt, im Musterungslokale Hamm am 7. März, im Musterungslokale Kamen am 12. März und im Musterungslokale Unna am 18. März statt.

Die gesamten Familienangehörigen, auf deren Erwerbs- oder Nichterwerbsfähigkeit es bei Beurteilung der Reklamationen ankommt, haben in Gemeinschaft mit dem als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen an den bezeichneten Tagen in dem für sie in Betracht kommenden Musterungslokale, und zwar in Hamm, pünktlich um 8½ Uhr, in Kamen und Unna pünktlich um 8 Uhr zur Stelle zu sein.

Ueber etwaige Gesuche von Reservisten, Wehrleuten und Ersatzreservisten um Zurückstellung nach Maßgabe der §§ 118 Ziffer 3, 120 Ziffer 5, 122 und 123 der Wehrordnung wird an den Reklamationstagen durch die verstärkte Ersatzkommission entschieden werden.

Die Herren Bürgermeister, Amtmänner und Gemeindevorsteher wollen nach Möglichkeit für die Verbreitung der vorstehenden Bekanntmachung sorgen.

Hamm, den 9. Februar 1910.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission Hamm-Land.
J. V.: v. Hertzberg.

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Reichsbank-Giro-Conto.

Bahnhofstr. 47. **Fernsprecher 62.**

Geld-Einlagen

auf Depositenkonto verzinsen wir je nach der Dauer der Kündigungsfrist.

Discontierung von Wechseln und Eröffnung von Krediten unter günstigen Bedingungen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Stahlfächer
unter eigenem Verschluss des Mieters.

1314

Ohlendorff's Peru-Guano

„Füllhornmarke“

ist neben Stallmist das **sicherst wirkende** und **vorteilhafteste** Düngemittel.

169

Verkauf einer Besitzung.

Montag, 7. März d. J., abends 6 Uhr, will die Frau Wwe. Kötter **Wilhelm Schlüter** in **Niederaden** ihre

Besitzung

bestehend aus Wohnhaus, Scheune, Backhaus, Hofraum, Garten- und Ackerland, zur Gesamtgröße von 1 ha 80 ar 75 qm, im Einzelnen oder Ganzen, im Lokale des Wirts **Lehmhaus-Paschheide**, durch Unterzeichneten zum Verkauf aussetzen lassen,

Kaiserau, 25. Febr. 1910.

Friedrich Brüninghaus,
299 Auktionator.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die Strafbestimmung der Regierungs-Polizeiverordnung vom 29. Juli 1905 — Amtsblatt Seite 526 — werden die Eigentümer, Mieter oder Nutznießer von Obstbäumen hierdurch aufgefordert, im Laufe dieses Monats mit der Vernichtung der Raupen und Blutläuse unverzüglich zu beginnen, falls diese Schädlinge in den Obstbaumbeständen vorhanden sein sollten.

Diese Maßregel muß bis spätestens Ende des Monats März durchgeführt sein, widrigenfalls die Bestrafung der Säumigen erfolgen wird.

Kamen, den 1. März 1910.

Die Polizei-Verwaltung: j. V. Grevel.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Josef Berdyschak** zu **Rünthe** (Kreis Hamm) ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin auf

den 22. März 1910, vorm. 9½ Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Kamen, den 26. Februar 1910. 316

Müller, Aktuar,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Auszug aus dem Verzeichnis über gefundene Sachen.

Schirmmütze,
Portemonnaie mit Inhalt,
Trauring,
Markttasche,
Portemonnaie mit Inhalt,
do.
gold. Medaillon,
Damen-Sonnenschirm,
silb. Gliederarmband,
Damen-Sonnenschirm,
Markttasche,
Portemonnaie mit Inhalt,
Regenschirm,
Brosche,
woll. Umschlagstuch,
Brille mit Futteral,
Herren-Regenschirm,
Portemonnaie mit Inhalt,
wollene Pferdedecke,
Brosche mit Bildnis,
Portemonnaie mit Inhalt,
kleiner, weißer Terrier,
mausgrauer Schülerpelz,
dunkelbrauner Skunkspelz,
Portemonnaie mit Inhalt.

Kamen, d. 1. März 1910.

Die Polizei-Verwaltung:
J. V.: Grevel.

Eine schöne

Wohnung

von bis 2—3 Zimmern, mit Keller, Stallung u. Gartenland zum 1. April zu vermieten.

Näheres zu erfragen in der Geschst. d. Ztg. 296

Ordentliche Leute erhalten

Kost und Logis.

Wo, zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung. 300

Junges Mädchen,

18 Jahre alt, vom Lande, sucht auf sofort Stellung. 308

Gustav Graalke,
Kaiserau, Sektion 7, Nr. 9c.

Für Dauerwäsche

(geruchlos) und Gesundheits-Dauerkragen (alleinige Bezugsquelle) suche überall solvente Vertreter. 317

Max Eid Nachf., Frankfurt a. M.
Näheres durch Filiale Dortmund, Stiftstr. 1.





Verlangen Sie bitte [illegible] zu [illegible]
Fabrikant: Adolf Kreb[illegible]

156

Bekanntmachung.

Die trigonometrischen Punkte der Landesaufnahme bilden die Grundlage der allgemeinen Landesvermessung; ihre Erhaltung ist daher von besonderem öffentlichen Interesse. Zur Sicherung des den trigonometrischen Punkt kennzeichnenden Marksteines ist seitens des Staates eine kreisförmige Bodenfläche von zwei Quadratmetern Flächeninhalt, und deren Umfanglinie nach allen Richtungen hin vom Mittelpunkte des Marksteines 79 cm entfernt ist, erworben worden.

Bei der Beackerung usw. des angrenzenden, im Eigentum des betreffenden Grundeigentümers befindlichen Bodens, darf die Umfangslinie dieser kreisförmigen Bodenfläche vom Pfluge usw. nicht berührt werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 370 des Reichs-Straf-Gesetz-Buches mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft.

Die Beschädigung, Verrückung und Entfernung der Marksteine und der etwa darüber befindlichen Holzgerüste fällt unter § 304 des Reichs-Straf-Gesetz-Buches und wird mit Geldstrafe bis 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Die Polizeibeamten sind angewiesen, die Marksteine und deren Schutzflächen zu bewachen und etwaige Zuwiderhandlungen gegen die obigen Bestimmungen sofort zur Anzeige zu bringen.

Die Herren Lehrer werden ersucht, die Schulkinder auf die Bedeutung der Marksteine und auf die Folgen einer Beschädigung derselben hinzuweisen.

Kamen, den 23. Februar 1910.

Die Polizei-Verwaltung: Grevel.

Turnverein „Eintracht“ Kamen.

Theatralische Abend-Unterhaltung

am Sonntag, 6. März 1910,

im Vereinslokale des **Schützenhofes** (W. Reinhard).

Es gelangt zur Aufführung:

Im weissen Röss'l

Lustspiel in 3 Aufzügen von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Der Säbel des Herrn Major

Schwank in 1 Akt von Friedrich Zipf.

Der Sommerleutnant

Schwank in 1 Akt von Max Reichardt.

Kassenöffnung 7 Uhr. **Anfang ½8 Uhr.**

Eintrittspreise: Die Eltern und eine Dame von Mitgliedern per Person 25 Pfg., die Frauen von Mitgliedern sind frei, alle andern Personen zahlen im Vorverkauf 50, an der Kasse 60 Pfg.

Eintrittskarten sind zu haben im Vereinslokale (W. Reinhard) und bei den Mitgliedern.

Kinder haben keinen Zutritt.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Die 25 Pfg.-Karten sind nur beim 1. Turnwart H. Stöckel, Kampstr. 22, zu haben, müssen aber bis mittags 12 Uhr abgeholt sein, da an der Kasse keine ausgegeben werden. 319

Druck u. Verlag von C. May in Hörde.

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 27. Donnerstag, den 3. März 1910. 38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Eine Erklärung zur Wahlrechtsvorlage.

Der „Rheinisch-Westfäl. Ztg." geht folgende Erklärung gegen die geheime Wahl zu, die nicht nur von den Vertretern der Industrie, sondern von zahlreichen Männern aus allen Kreisen der Bevölkerung unterzeichnet ist:

Nach § 16 der Wahlrechtsvorlage soll die Wahl zum preußischen Abgeordnetenhause auch künftig „durch Stimmgebung zu Protokoll" erfolgen, d. h. die bewährte öffentliche Wahl soll beibehalten werden. Die Regierung gibt hierzu eine durchaus zutreffende Begründung.

Die Unterzeichneten erklären sich mit dem § 16 dieser Vorlage wie mit seiner Begründung durchaus einverstanden und sprechen sich mit aller Entschiedenheit für die öffentliche Wahl aus, für die große Männer, unter denen kein geringerer als Bismarck, eingetreten sind, und für die vor allen Dingen die praktische Erfahrung und die Bedürfnisse des schaffenden und erwerbenden Volkes laut und eindringlich sprechen. Die Oeffentlichkeit ist es, die heute auf allen Gebieten des Rechtes und der Verwaltung, ja im ganzen Staatsleben, herrscht und verlangt wird, an der Oeffentlichkeit soll und muß festgehalten werden, auch im Wahlrecht unseres Landes.

Im § 16 beläßt es der Entwurf bei der Abstimmungsform der Stimmabgabe zu Protokoll. Die Wahlordnung wird auch in Zukunft, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind, zweckmäßig die alsbaldige Stimmabgabe für alle Kandidaten bei nur einmaligem Herantreten der Wähler an den Wahltisch anordnen und hierfür die näheren Bestimmungen treffen.

Den Uebergang zur geheimen Abstimmung hat die Königliche Staatsregierung schon in der Erklärung vom 10. Januar 1908 abgelehnt. An dieser Stellungnahme muß festgehalten werden.

Schon der Aufbau des Entwurfes und die Beibehaltung der Abstufung des Wahlrechtes durch Abteilungsbildung gestatten nicht, auf die öffentliche Abstimmung zu verzichten. Soll eine regere, der fortschreitenden Verbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses entsprechende Beteiligung an den Wahlen auch in der breiten Masse der Bevölkerung, namentlich auch der ländlichen, erzielt werden, so ist es unerläßlich, durch Bildung kleiner Abstimmungsbezirke, wie sie § 17 Abs. 3 des Entwurfes in Aussicht nimmt, den Wählern die Stimmabgabe möglichst zu erleichtern. In solchen kleinen Abstimmungsbezirken aber würde das Wahlgeheimnis, wenigstens für die beiden oberen Abteilungen, illusorisch bleiben, und es ist nicht angängig, den Wählern der einen Abteilung zu gewähren, was denen der beiden anderen tatsächlich nicht gesichert werden kann.

Im preußischen Staate beherrscht der Grundsatz der Oeffentlichkeit auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens, namentlich das weite Gebiet der kommunalen Wahlen. Eine Aenderung des Landtagswahlrechtes in diesem Punkte würde kaum ohne Rückwirkung auch auf alle diese anderen Gebiete des öffentlichen Lebens bleiben können.

Gegen böswillige Verletzungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wähler schützt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Sie fördert die heimliche Verbreitung von Unzufriedenheit und birgt die Gefahr in sich, daß auch in Wählerschichten, auf deren Erhaltung bei unerschütterlichem Staatsbewußtsein nicht verzichtet werden kann, das politische Verantwortungsgefühl abgestumpft wird. Die im preußischen Staat überlieferte Oeffentlichkeit der Wahl erhält das Gefühl politischer Verantwortlichkeit rege, und nur durch Stärkung und Erhaltung dieses Bewußtseins schreitet die Selbsterziehung des Volkes zur Staatsgesinnung und zu politischem Verständnis vorwärts. Ein Blick in die Statistiken der Landtags- und Reichstagswahlen zeigt, daß die geheime Wahl staatsfeindlichen Bestrebungen den Schein einer Stärke und Verbreitung verleiht, die sie nicht besitzen. Der Sozialdemokratie gibt bei den Landtagswahlen nur ein Drittel, in Berlin nur wenig über die Hälfte der Wähler wieder die Stimme, die wenige Monate vorher bei den Reichstagswahlen für sie gestimmt haben. Und doch besteht kein Zweifel darüber, und wird auch von der sozialdemokratischen Parteipresse nicht in Abrede gestellt, daß diese Partei bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht minder als bei der geheimen alle ihre überzeugten Anhänger und jeden ihrem Einflusse sonst wirklich zugänglichen Wähler für sich in Bewegung zu setzen weiß.

Einen wirksamen Schutz gegen unlautere Beeinflussungen bei der Wahl bietet nur die Erziehung zur Achtung und Duldung der politischen Ueberzeugung anderer. Sie kann nur gewonnen werden, wenn der Wahlterrorismus sich offen und unverhüllt zu zeigen gezwungen wird. Nur dann ist es auch möglich, ihm durch scharfe Handhabung der Wahlprüfungen gegenüber den von ihm beeinflußten Wahlen wirksam entgegenzutreten und in den — nach den bisherigen Beobachtungen übrigens seltenen — Fällen wirklicher Schädigungen die Schuldigen verantwortlich zu machen.

Unterzeichnet ist die Erklärung u. a. von folgenden Herren:

Geheimer Kommerzienrat Fritz Baare, Bochum; Generaldirektor Baurat Beukenberg, Dortmund; Kommerzienrat W. Brügmann, Dortmund; Verlagsbuchhändler Louis Crüwell, Dortmund; Verlagsbuchhändler Wilhelm Crüwell, Dortmund; Generaldirektor Kommerzienrat Effertz, Unna-Königsborn; Bergwerksdirektor Bergassessor Engeling, Dortmund; Hüttendirektor Regierungsrat Dr. Fahrenhorst, Hörde; Generaldirektor Kommerzienrat Fleitmann, Schwerte; Bergwerksdirektor Bergrat Funcke, Kamen; Fabrikdirektor Dr. ing. h. c., G. Hügenstock, Dahlhausen; Direktor Robert Hoesch, Dortmund; Fabrikbesitzer Heinrich Jucho, Dortmund; Kommerzienrat Gustav Stinnes, Mülheim a. d. Ruhr; Geheimer Kommerzienrat Kirdorf, Streithof; Königl. Bergrat Stadtrat Ed. Kleine, Dortmund; Apothekenbesitzer Amtsbeigeordneter Leunenschloß, Aplerbeck; Gutsbesitzer Leopold Lippmann, Rünthe; Generaldirektor Regierungs- und Baurat a. D. Mathies, Dortmund; Rittergutsbesitzer Adolf Overweg, Haus Reichsmark; Rentner Schulze-Böing, Kamen; Generaldirektor Kommerzienrat Springorum, Dortmund; Geheimer Justizrat Teewag, Dortmund; Geheimer Kommerzienrat Wiethaus, Hamm.

Die Haus- u. Grundbesitzer.

13. preußische Landesversammlung.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der angeschlossenen Vereine trat in Berlin der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine unter dem Vorsitz von Justizrat Dr. Baumert (Spandau) zu seinem 13. ordentlichen Landesverbandstage zusammen. Der vom Generalsekretär Dr. Pabst erstattete Geschäftsbericht besagt, daß leider auch das abgelaufene Geschäftsjahr dem städtischen Hausbesitz die wünschenswerte Besserung seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Lage nicht gebracht hat. Es ist in manchen Beziehungen sogar ungünstiger gewesen, als die früheren Jahre. Besonders ist das Bestreben in die Erscheinung getreten, die Sonderlasten des Hausbesitzers zu erhöhen. Dies zeigte sich in der vorgesehenen Einführung der Reichswertzuwachssteuer, der Reichstalonsteuer und der Art, wie der Mietsvertragsstempel neu geregelt worden ist. Ebenso ist in der Konkurrenz, die den Hausbesitzern durch die Baugenossenschaften bereitet werden, eine Abschwächung nicht eingetreten. Die allgemeine Geldlage hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahre etwas günstiger gestaltet. Wenn eine Besserung der Verhältnisse für den Hausbesitz erreicht werden soll, ist das nur möglich auf dem Wege des Ausbaues der Organisation. Am 1. Dezember 1909 gehörten dem Verbande 255 Vereine mit 86 163 Mitgliedern an. — Im Namen der Stadt Berlin hieß Bürgermeister D. Reicke die Versammlung willkommen. Der erste Punkt der geschäftlichen Verhandlung betraf die Hausbesitzerkammer, worüber Stadtverordneter Oertel (Breslau) und Justizrat Dr. Friedländer (Charlottenburg) referierten. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Der Landesverbandstag hält an der Auffassung fest, daß es erforderlich ist, dem Preußischen Landesverbande ähnliche, öffentlicht-rechtliche Befugnisse zu verschaffen, wie sie die Korporationen öffentlichen Rechts in Industrie und Handel, Handwerk und Landwirtschaft besitzen. Insbesondere ist es erforderlich, daß der Landesverband ein Begutachtungsrecht bei solchen Maßnahmen der Preußischen Gesetzgebung und Verwaltung erhält, die die wirtschaftliche Lage des Hausbesitzes erheblich berühren. Der Verbandsvorsitzende wird deshalb gebeten, von neuem bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß dem preußischen Landesverbande mindestens ein derartiges Recht auf Erstattung von Gutachten erteilt wird.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Durchführung der Bäckereiverordnung. Hierzu waren als Referenten bestellt Obermeister König (Schöneberg) und Architekt Bissing (Berlin), von denen letzterer jedoch am Erscheinen verhindert war. Die Versammlung einigte sich auf folgenden Beschluß: „Der 13. ordentliche Landesverbandstag fordert von neuem bezüglich der Bäckereiverordnung, daß ihre baupolizeilichen Bestimmungen nur auf neuentstehende Bäckereibetriebe Anwendung finden dürfen. Sollte jedoch die rückwirkende Kraft der Verordnung hinsichtlich der baupolizeilichen Bestimmungen nicht beseitigt werden, so ist 1. zu fordern, daß die dadurch geschädigten Hausbesitzer und Bäckermeister aus Reichsmitteln entschädigt werden; 2. ist zu fordern, daß ein Dispens auf den Betrieb selbst und für die ganze Standdauer des Gebäudes erteilt wird."

Graf Pfeil vor dem Ober-Kriegsgericht.

In der fortgesetzten Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 35. Division gegen den Grafen Pfeil beschloß das Gericht, das gesamte Aktenmaterial der Prozesse Pfeil contra Pfeil von den Rechtsanwälten Justizrat Viebig (Breslau) und Notar Dr. Sprenger (Bremen) einzufordern und für den Fall, daß die Herausgabe der Akten verweigert wird, dieselben mit Beschlag zu belegen. Die als Zeugin geladene Gräfin Pfeil geb. Heim ist noch nicht erschienen, doch teilt der Kriminalbeamte Gräger mit, daß sie sich auf dem Wege von Paris nach Thorn befinde. Dagegen ist die zweite Gräfin Pfeil geb. Baronesse v. Behr aus Mitau in Rußland erschienen. Dem graphologischen Sachverständigen Dr. Meier (Berlin) werden verschiedene Schriftstücke der Gräfin übergeben, ferner ein anarchistischer Drohbrief, der an den Freiherrn v. Richthofen-Mertschütz gerichtet ist. Schuhmachermeister Kaselitz aus Hagenau, der früher dem Grafen gegenüber gewohnt hat, macht Bekundungen über eine Szene, wobei die Gräfin von dem Grafen mißhandelt worden sein solle. Die Gräfin habe dabei eine Ohrfeige bekommen. Auf eindringliches Ermahnen bleibt der Zeuge bei seiner Darstellung. Er bestreitet auch mit großer Entrüstung, daß ihm etwa jemals Versprechungen für seine Aussage seitens Grägers gemacht worden seien. Die Ehefrau des Zeugen bestätigt dessen Darstellung. Zeuge Gräger macht hierauf noch einige Mitteilungen über das Zustandekommen der eidesstattlichen Versicherungen. Bei dieser Gelegenheit teilt der Verhandlungsführer mit, daß Gräger sich in einem Briefe an das Gericht über die Behandlung beschwert habe, die ihm als Zeugen und Staatsbürger zu teil geworden sei. Gräger habe keine Ursache sich beleidigt zu fühlen, seine Worte seien, wie sich aus dem fast stenographischen Bericht der Deutschen Journalpost, Schweder & Hertzsch ergebe, der vom Gericht auf seine Richtigkeit ständig kontrolliert werde, allgemein gesprochen worden. Gräger bittet darauf, für das Hinwerfen des Portemonnaies auf den Richtertisch am Tage vorher um Entschuldigung. Er habe sich in großer Erregung befunden. Zeugin Frl. Klamp war früher Erzieherin bei dem gräflichen Ehepaare. Sie hat zunächst dem Grafen eine eidesstattliche Versicherung ausgestellt, die für diesen günstig war. Später hat sie aber die Angaben dieser Versicherung widerrufen und eine andere an Gräger gegeben, die fast das Gegenteil der ersten darstellt. Aus der zweiten Versicherung geht hervor, daß die Gräfin keineswegs ihre Kinder etwa schlecht behandelt habe. Zu der ersten Erklärung will die Zeugin von dem Grafen beeinflußt worden sein. Die Zeugin macht hierüber eingehende Bekundungen, aus denen hervorgeht, daß der Graf zärtlich gegen sie geworden ist. Er hat die Zeugin um die Taille gefaßt und zu ihr gesagt, daß sie eigentlich zu schade für das Geschäft eines Kindermädchens sei. Weiter erzählt die Zeugin, daß der Graf bei ihr gewesen sei, als sie aus seinen Diensten schon ausgeschieden war und sie, wie sie es darstellt, zu beeinflussen gesucht habe, zu seinen Gunsten auszusagen. Der Hausarzt der Familie Pfeil Dr. Breslauer (Jauer) äußert sich dann über seine Wahrnehmungen an dem verstorbenen Kinde Valerian. Das Kind sei zunächst gesund und kräftig gewesen, als er später zu ihm gerufen wurde, fand er es an Darmkatarrh leidend. Die Ursache des baldigen Todes des Kindes war auf Atrophie zurückzuführen. Die Gräfin wollte aus kosmetischen Gründen ihr Kind nicht selbst stillen, sodaß es künstlich ernährt wurde. Der Graf ist nach der Auffassung des Zeugen Neurastheniker und in dieser angeborenen Veranlagung ziemlich heftig. Gelegentlich einer notwendig gewordenen Einspritzung habe er ihm eine heftige Szene gemacht. Die Gräfin sei etwas hysterisch veranlagt, doch werde dadurch ihre Glaubwürdigkeit nicht berührt. Während der weiteren Aussagen des Zeugen wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Justizrat Mendelssohn (Breslau) wird über seine Tätigkeit in den Zivilprozessen des Grafen gegen seine Frau vernommen. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

Vor Beginn der Montags-Verhandlung wurde bekannt, daß dem Gerichtsherrn der 35. Division Generalleutnant v. Briesen der Abschied bewilligt worden ist und daß inzwischen in Bremen die Beschlagnahme der auf den Prozeß bezüglichen Akten des Rechtsanwalts Dr. Sprenger erfolgt ist. — Der Prozeß geht in die zweite Woche, wird jedoch infolge zahlreicher Zeugenverzichte, die erfolgten, voraussichtlich Mitte dieser Woche zu Ende gehen. Zunächst ist vom Abgeordneten Frhrn. v. Richthofen (Kuhnern) die Mitteilung eingegangen, daß er nicht erscheinen könne, da er als Mitglied der Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin festgehalten werde. Nach längerer Rücksprache einigte sich das Gericht mit der Verteidigung dahin, daß die Vorgänge in der zweiten Ehe des Grafen mit der Komtesse v. Behr aus Mitau in Rußland nicht erörtert werden sollen, weil diese Vorgänge mit dem zur Anklage stehenden Beweisthema nur lose zusammenhängen. Der Verhandlungsführer bemerkt, die Ereignisse in der zweiten Ehe könnten nur herangezogen werden, um die Glaubwürdigkeit der ersten Frau des Grafen nachzuprüfen. Wenn hier kein Antrag gestellt werde, könne man darauf verzichten. — Von der Verteidigung wird erklärt, daß die zweite Frau des Grafen nur darauf ausgehe, den Ehescheidungsstoff schon in diesem Prozesse eidlich festzulegen, da die Ehescheidung der zweiten Ehe noch nicht ausgesprochen sei. — Das Gericht verzichtet auf die Aussagen einer Anzahl Zeugen. — Von der Verteidigung wird noch auf einen Zeugen Bezug genommen, der bekunden soll, daß noch nach dem Zustandekommen der eidesstattlichen Versicherungen von seiten der Gräfin Vergleichsverhandlungen dahin geflogen wurden, daß der Graf gegen eine Abfindung von 200 000 Mark die Kinder herausgeben solle. Diesen Vergleichsvorschlag hat der Graf abgelehnt. — Graf Pfeil überreicht sodann dem Gerichtshofe einen Brief, der ungünstige Angaben über den Zeugen Gräger enthält. — Graf Pfeil protestiert gleichzeitig dagegen, daß der Brief an Gerichtsstelle verlesen werde, damit Gräger sich nicht mit dem Briefschreiber, der sich als Zeuge anbietet, vorher ins Einvernehmen setzen könne. — Der Gerichtshof beschließt, den Briefschreiber, einen Herrn Oskar Breitfeld aus Wilmersdorf zu laden. — Zeuge Gräger bittet in dieser Sache den Generaldirektor Lapp (Aschersleben) zu laden. Er sei in einer Sache Lapp contra Breitfeld tätig gewesen. — Der Gerichtshof hält sich die Beschlußfassung vor. — Eine Zeugin Frau Ahlert war Köchin im Hause des Grafen. Sie erzählt von einem Vorfall, wo eine Lampe in tausend Stücke ging, kann hierüber aber aus eigener Wissenschaft nichts bekunden. In ihren eidesstattlichen Versicherungen stellt die Zeugin die Ereignisse schärfer dar als bei ihrer Vernehmung. Hier spricht die Zeugin davon, daß die Gräfin schwer mißhandelt worden sei, daß sie hörte, wie der Graf die Gräfin zu Boden warf, sie in einem Zimmer einschloß und prügelte. Die meisten Wissenschaften hat die Zeugin von einem Fräulein Oehme, die früher Hausmädchen bei dem Grafen war. Diese bekundet als Zeugin, daß der Graf einmal den kleinen Stanislaus, als dieser krank im Bette lag und immer weinte, mit einem Lederpantoffel geschlagen habe. — Graf Pfeil bestreitet, daß das Kind damals krank gewesen sei. — Die Zeugin bekundet weiter, daß sie in Eisenach und Jauer Streitigkeiten zwischen den Eheleuten beobachtet habe. Die Gräfin habe oft geweint und rote Flecke gehabt, ob diese aber von Schlägen herrührten, weiß die Zeugin nicht. Der Streit mit der Lampe müsse ein sehr heftiger gewesen sein, denn der Graf hatte an der Hand geblutet und die Frau Gräfin habe, wie in der Küche erzählt wurde, gerufen; sie wolle sich aus dem Fenster stürzen. Die Zeugin hat ferner einmal von einer Schießszene gehört. Der Graf soll während eines Wochenbettes der Gräfin mit einem Revolver unter das Bett geschossen haben. Beobachtet hat die Zeugin diese Szene aber nicht.

Aus aller Welt.

— **Die Meldungen** über eine schwere Erkrankung des jungen Fürsten Bismarck, die die „B. Z. am Mittag" aufgebracht hatte, entsprechen, wie die „Hamb. Nachr." erfahren, nicht den Tatsachen. Der junge Fürst leidet seit einiger Zeit an einer leichten Nierenaffektion, die jedoch zu keinerlei ernsten Besorgnissen Anlaß gibt. Eine Operation, von der in den Zeitungen gesprochen wird, ist nicht in Aussicht genommen.

— **Gestrandeter Dampfer.** Von ankommenden Dampfern wurde nach Cuxhaven die Meldung gebracht, daß beim dritten Feuerschiff ein gestrandeter Dampfer gesehen worden ist. Sämtliche Cuxhavener Schleppdampfer sind dorthin abgefahren. Der Dampfer lehnte zuerst jede Hilfe ab. Er ist später mit eigener Kraft auf die Reede von Cuxhaven gefahren. Es handelt sich um den russischen Dampfer „Graf Tolstoi".

— **Sechsfacher Mord.** In Björkö hat ein Dienstknecht eine Familie, bestehend aus sechs Personen ermordet, und ist geflüchtet.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Dienstag stand zunächst die

Wahl des Präsidenten.

Auf Vorschlag des Abg. v. Hertling (Ztr.) wird der Abg. Graf Schwerin-Löwitz durch Akklamation gewählt. — Abg. Schwerin-Löwitz nimmt die Wahl an und dankt für das ihm bewiesene Vertrauen, das er zu rechtfertigen hofft. Auch dankt er dem Vizepräsidenten Spahn für die Führung der Geschäfte in der Zwischenzeit.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des

Etats des Reichsamts des Innern.

Titel „Staatssekretär". — Abg. Böhme (fraktionslos): Die Anerkennung der Berechtigung der Gründung des Bauernbundes durch Mitglieder der Linken kann uns nicht abhalten, unverrückbar an unserem Programm der Schutzzollpolitik festzuhalten und zwar an dem Zolltarif von 1902. Seinen Bedarf an Getreide und Fleisch wird Deutschland auch trotz steigender Bevölkerungsziffer binnen kurzer Zeit decken können. Weiter wendet sich Redner gegen den Bund der Landwirte, dem gegenüber der Bauernbund sich lediglich in der Abwehr befinde. Gerade die Annahme der Erbanfallsteuer durch die Konservativen würde im Interesse der Bauern und überhaupt des Mittelstandes gelegen haben. Die Entstehung des Bauernbundes geht zurück auf jene bäuerliche Bewegung im Posenschen, die lediglich der Not zu verdanken gewesen sei. Redner geht weiterhin ausführlich auf die Ansiedlungsprobleme im Osten ein unter ständiger Polemik gegen den Bund der Landwirte. — Abg. Fuhrmann (nl.) polemisiert des längeren gegen den Abg. Hahn und die Politik des Bundes der Landwirte, namentlich in Sachen der Finanzreform. Redner bemerkt schließlich: Wir haben bei der Finanzreform die Hand geboten, den Block mit den Konservativen zu erhalten. Wir sind ohne Schuld an der jetzigen unheilvollen Entwicklung. (Gelächter rechts.) Aber wir werden den Kampf, der uns aufgezwungen ist, aufnehmen — aufnehmen in dem Bewußtsein, daß auch in konservativen Kreisen die Erkenntnis wachsen wird, daß die Verhetzung zwischen Stadt und Land ein Ende nehmen muß. — Abg. Horn-Sachsen (Soz.) tritt für Einschränkung der Arbeitszeit in der Glasindustrie ein. — Abg. Heim (Zentr.): Der Bund der Landwirte muß doch für die Nationalliberalen eine große Gefahr sein, sonst würde Herr Fuhrmann den Bund nicht so heftig angreifen. Da kommt nun noch der Bauernbund. Woher stammt sein Geld? Das ist die Hauptsache. Bezieht er das Geld vom Hansabund? Darin würde ich eine Korruption sehen. Der fränkische Bauernbund, der ja erst vor den Triumphwagen des deutschen Bauernbundes gespannt werden soll, ist frivol überrumpelt worden. Redner polemisiert weiter gegen den deutschen Bauernbund, dessen Gründung zweifellos nicht wirtschaftlichen Beweggründen, nicht finanziellen, sondern nur politischen zuzuschreiben ist. — Abg. Hahn (kons.): Ich habe auf die bündlerische Presse stets dahin eingewirkt, daß sie sich einer gemäßigten Sprache gegen die Nationalliberalen befleißige. (Lachen links.) Der Angriff ist nicht vom Bund der Landwirte ausgegangen, sondern von den Nationalliberalen. — Abg. Gothein (freis.) polemisiert zunächst gegen Dr. Hahn und bemerkt weiter: Das wahre Wohl der Landwirtschaft beruht auf billigem Boden, während Sie — und das gilt auch von Herrn Böhme — ihn durch immer neue Zölle immer weiter im Preise steigern wollen. — Abg. Prinz Schönaich-Carolath (Hosp. d. natl. Partei) tritt für Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamtinnen ein. — Staatssekretär Delbrück bemerkt, daß dies Sache der Einzelstaaten wäre. — Abg. Dette (nl.) bittet um Berücksichtigung der Landmesser bei der Abänderung der Gewerbeordnung. — Staatssekretär Delbrück erklärt, daß zwischen Preußen und dem Reichsamt Verhandlungen in dieser Hinsicht schweben. — Abg. Strombeck (Zentr.) spricht über das Hausiergewerbe. — Staatssekretär Delbrück bemerkt, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, er könne jedoch noch nicht sagen, welche positiven Ergebnisse diese Verhandlungen zeitigen werden. — Nach einer Rede des Abg. Kulerski (Pole) wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Abgeordnetenhaus.

In der Dienstag-Sitzung wird die zweite Lesung des Etats beim

Bergetat

fortgesetzt. Bei den Einnahmen hebt Abg. von Kessel (kons.) den auffälligen Rückgang der Erträgnisse aus den Bergwerken hervor und bittet um Auskunft über die Ursachen dieser Erscheinungen. — Handelsminister v. Sydow erwidert, daß nähere Mitteilungen hierüber in der Subkommission der Budgetkommission, die für diese Zwecke eigend eingesetzt sei, gegeben würden. — Abg. Macco (natl.): Der Rückgang der Arbeiterleistungen hat einen Einnahmeausfall von 1½ Millionen Mark jährlich im Gefolge. Daß der Staat den höheren Bergwerksbeamten nicht dieselben Gehälter zahlen kann wie die Privatindustrie, ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. — Inzwischen ist ein Antrag Borgmann (Soz.) eingegangen, die Regierung zu ersuchen, in Zukunft für jedes Staatswerk vollständige und vergleichende Angaben über Alter, Löhne, Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit und Ferien der beschäftigten Arbeiter vorzulegen. — Abg. Brust (Ztr.): Auch wir sind der Meinung, daß die Einnahmen aus den staatlichen Bergwerken gehoben werden müssen. Die sozialpolitischen Aufgaben der Verwaltung dürfen aber darunter nicht leiden. Die bei der Diebstahlsaffäre in Gladbeck zutage getretenen Mißstände haben im Kohlenrevier großes Aufsehen erregt. Ist etwa den Beamten der Bergverwaltung eine Schuld daran beizumessen? Wie steht es mit der Ausführung der Bestimmungen der Berggesetznovelle? Es wird über illoyale Handhabung dieser Bestimmungen geklagt. — Handelsminister Sydow: Wir halten an dem Grundsatz meines Amtsvorgängers, daß die Berggesetznovelle loyal ausgeführt werden soll. Wir tun alles, um die geheime Wahl zu sichern. — Oberberghauptmann v. Velsen: Ein Rückgang in der einzelnen Leistung liegt allerdings vor, damit soll aber gegen die einzelnen Arbeiter kein Tadel zum Ausdruck gebracht werden. Daß bei einem großen Betriebe hier und dort einmal ein scharfes Wort fällt, wird immer vorkommen. — Abg. Leinert (Soz.): Die Lage der staatlichen Bergarbeiter hat sich erheblich verschlechtert; sie erhalten geradezu Jammerlöhne. Darüber müssen wir völlige Klarheit gewinnen. Redner fragt den Minister, ob er nicht die Bergarbeiterlöhne generell erhöhen wolle und wie sich die Regierung der Koalitionsfrage gegenüber stelle. Von einem Rückgang der Leistungen der Arbeiter zu sprechen, sei unberechtigt. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten ist vielfach unerhört. Wo bleibt die im Vorjahre versprochene Denkschrift über die Ursachen der Radbodkatastrophe? Bei den Aufräumungsarbeiten können die Ursachen des Unglücks leicht verwischt werden. Der Redner geht dann auf den Streitfall Sachse-Brust ein und legt dar, wie der Abg. Sachse zu dem Glauben an die Bestechung des Abg. Brust durch die Arbeitgeber kam. Brusts Verhalten in Arbeiterfragen mußte diesen Vorwurf nähren. Auch habe er selbst soviel Verleumdungen gegen Sozialdemokraten auf dem Kerbholz, daß er sich jetzt nicht so entrüsten sollte, wenn ihm mal irrtümlich etwas nachgesagt wird. — Abg. Spinzig (freikons.): Die Löhne der Bergarbeiter sollen möglichst stabil gehalten werden: sie sind nicht so schlecht, als vielfach behauptet wird. Ich hätte nicht geglaubt, daß das Radbodunglück hier wieder besprochen werden würde, da die Untersuchung noch schwebt. Nach mir gewordenen Mitteilungen sind Arbeitervertreter bei den Auffindungsarbeiten in Radbod zugezogen gewesen. Man hat nichts vertuscht. Die Bergwerksverwaltung von Radbod wünscht, daß eine Kommission des Abgeordnetenhauses sich an Ort und Stelle über alles nähere informiert.

Das Haus vertagt sich sodann auf Mittwoch.

Die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung

ist am Sonnabend, den 26. d. Mts., in den Ausschüssen des Bundesrats beendet worden. Nachdem in den ersten beiden Lesungen sehr wesentliche Aenderungen materieller Art an dem Entwurf vorgenommen waren, sind in der dritten Lesung noch verschiedene Umgestaltungen in formeller Beziehung vorgenommen. Man kann nunmehr annehmen, daß das Plenum des Bundesrats sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Vorlage beschäftigen wird. Die Drucklegung der Vorlage und ihrer eingehenden Begründung wird dann naturgemäß auch noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß der Entwurf dem Reichstage wenige Tage vor dem Beginn der Osterferien zugehen dürfte. Die erste Lesung soll gleich nach den Osterferien stattfinden. Man nimmt an, daß der Reichstag die Vorlage dann einer Kommission überweisen wird, die — wohl jedenfalls mit Diäten ausgestattet — den ganzen Sommer über die Reichsversicherungsordnung durchberaten wird. Es erscheint dies allerdings als das einzige Mittel, um die Vorlage noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Die Absicht, eine den Sommer über tagende Kommission einzusetzen, bezeigt auch den Willen des Reichstages, das große sozialpolitische Werk zum Abschluß zu bringen. Mit Rücksicht auf die Hinterbliebenen-Versicherung ist die Verabschiedung der Vorlage auch dringend erwünscht, weil für den Fall, daß die Beratungen nicht zu einer Verabschiedung des Gesetzes führen, eine abermalige Vertagung des Inkrafttretens notwendig wäre. Hierfür die Verantwortung zu übernehmen, dürfte der Reichstag mit Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen kaum bereit sein.

Politische Kotillongeschenke.

Eine seltsame Angelegenheit, bei der der protestlerische Reichstagsabgeordnete Wetterlé, der Führer der französischen Partei in Elsaß-Lothringen, und die Gemahlin des Statthalters die Hauptrolle spielen, erregt in den Reichslanden großes Aufsehen. Wie erinnerlich, war Wetterlé, der wegen seiner skrupellosen Agitation bereits wiederholt Zusammenstöße mit der Regierung und mit den Vorkämpfern für das Deutschtum gehabt hat, kürzlich wegen Beleidigung eines Gymnasialdirektors zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am Tage seiner Entlassung aus dem Gefängnis, am 16. Februar, erhielt Wetterlé nun, wie zuerst der „Schwäb. Merkur" erzählte, noch im Gefängnis einen, natürlich französisch geschriebenen Brief von der Gräfin Wedel, Gemahlin des kaiserlichen Statthalters, in dem die Gräfin ihrem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Wetterlé verhindert gewesen sei, an ihren Ballfesten teilzunehmen. Sie sende ihm deshalb nachträglich die Geschenke zu, welche bei den Festen an die Gäste verteilt worden seien. Wetterlé habe, so berichtet das Blatt weiter, diesen Brief noch vom Gefängnis aus beantwortet und ihn mehreren Personen triumphierend gezeigt. Diese Mitteilung erschien zuerst unglaublich, aber eine der „Straßb. Post" von zuständiger Stelle zugegangene Erklärung bestätigt die Sendung. Zur Beschönigung wird mitgeteilt, Gräfin Wedel pflegte alljährlich Bekannten, die am Fest nicht teilnahmen, Erinnerungszeichen zu übersenden; darunter hätten sich diesmal auch Wetterlé und seine Mutter befunden; mit Politik habe die Angelegenheit nichts zu tun. — Es ist möglich, daß der Gräfin Wedel irgend welche politischen Nebengedanken fern gelegen haben, aber ihr selbst und den Personen, die sie beraten, hätte nicht entgehen dürfen, daß gerade in dem gegenwärtigen Moment auf der einen wie auf der anderen Seite der französische Brief und die Sendung von Liebesgaben als Demonstration aufgefaßt werden konnte. Die „Straßb. Post" selbst kann sich der Auffassung nicht anschließen, als ob die Angelegenheit völlig unpolitisch sei und meint: Wetterlé gegenüber sei peinlichste Zurückhaltung notwendig gewesen; er habe die Güte der Gräfin gröblich zu Reklamezwecken mißbraucht.

Von anderer Seite wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer unwidersprochen gebliebenen Meldung der „Germ." Wetterlé kurz vor dem Antritt seiner Gefängnisstrafe beim Staatssekretär zu Gast gewesen ist.

„Parseval V" auf der Fahrt nach Berlin.

Das neue Sportluftschiff „Parseval V", das bisher in Bitterfeld stationiert war, hat Dienstag vormittag die Fahrt von dort nach Berlin (Tegel) angetreten, nachdem es in den letzten Tagen reisefertig gemacht war und man alle Vorbereitungen zum Aufstieg getroffen hatte. Die zirka 120 Kilometer lange Wegstrecke wurde in ungefähr 3½ Stunden durchmessen. Um 2¼ Uhr nachmittags kam das Luftschiff nach flott verlaufener Fahrt — es absolvierte reichlich 30 Kilometer in der Stunde — bei Spandau in Sicht, legte in wenigen Minuten die kurze Endstrecke bis Tegel zurück und vollzog dann auf dem dortigen Schießplatz eine glatte Landung.

Wie der Führer des Ballons, Oberleutnant Stelling, mitteilte, hat er die Fahrt um 10.15 Uhr vormittags von Bitterfeld aus angetreten. Um 12.15 Uhr war er über Jüterbog, um 1.55 Uhr über Reinickendorf-Tegel, und zwar in einer Fahrthöhe von ungefähr 100 Metern. In der Mittagszeit hatte er, während die Fahrt sonst gut ging, über Luckenwalde und Moabit mit starken Böen zu kämpfen. Die Fahrt hat der Ballon tadellos zurückgelegt. Die Steuerung, die Propeller, und namentlich das Höhensteuer funktionierten vorzüglich. Es ist eine so gute Leistung, wie sie bisher von einem so kleinen Ballon wohl selten ausgeführt ist.

*

„Parseval V" ist der kleinste bisher nach dem unstarren System erbaute Parseval-Luftkreuzer, der trotz seiner geringen Kapazität von nur 1200 Kubikmetern Gasinhalt über eine bedeutende Tragfähigkeit verfügt. Er hat eine Länge von ungefähr 30 Metern und stellt gegenüber allen seinen Vorgängern einen besonderen Konstruktions-Typ dar. Während bei den Parseval-Luftschiffen I, II, III und IV zwei innere Luftballonetts angeordnet sind, welche auch gleichzeitig die Höhensteuerung bewirken, ist beim „Parseval V" nur ein Luftballonett eingelassen, der dazu dient, dem Luftschiff bei eintretenden Gasverlusten die nötige Festigkeit bezw. Prallheit in der Längsform zu geben. Auch wird die Höhensteuerung hier nicht durch Ballonett-Steuerung bewirkt, sondern versuchsweise durch ein unterhalb der vorderen Spitze des Ballons angebrachtes aeroplanartiges Flächensteuer, ähnlich wie es bei den Militärluftschiffen „Groß I" und „Groß II" der Fall ist.

Vom Balkan.

Eine eigentümliche Erscheinung kann man alljährlich auf dem Balkan beobachten: Jedes Mal, wenn der Frühling herannaht, scheint sich in den Gemütern der unruhigen Leutchen auf dem Balkan eine gewisse Revolution zu vollziehen, vielleicht bedingt durch die Untätigkeit, welche der oft recht schwere Winter in den öden Gebirgsgegenden mit sich bringt. Sobald die Sonne etwas wärmer scheint, erwacht der Tatendrang, und er macht sich Luft in blutigen Exessen. Jedes Mal um diese Zeit sind blutige Zwischenfälle zu verzeichnen, sei es, daß Grenzkonflikte vorherrschen oder die feindlich gesinnten Nationalitäten gegenseitig Dörfer überfallen und fürchterliche Greuel anrichten. Die ersten Anzeichen der „Frühlingsgefühle" sind bereits da, es ist zu einem blutigen Grenzkonflikt zwischen Türken und Bulgaren gekommen, der dadurch noch an Bedeutung gewonnen hat, weil ohnehin eine große politische Gereiztheit besteht. Es läßt sich nicht leugnen, daß neuerdings die Beziehungen zwischen Konstantinopel und Sofia wieder gespannte sind, ohne daß ein eigentlicher Grund ersichtlich wäre. In Sofia soll sogar sehr große Kriegslust herrschen, in Offizierskreisen meint man, daß Bulgarien jetzt trefflich gerüstet wäre und die Zeit nicht ungenützt vorüberstreichen lassen sollte und jetzt die Chancen größer wären, als wenn man der Türkei zu Gegenrüstungen Zeit ließe. Natürlich ist man auch im türkischen Lager nicht untätig, schon in den letzten Monaten hat man die Grenzbefestigungen verstärkt, auch größere Truppenmengen nach den bedrohten Gegenden geworfen, und die Errichtung eines neuen türkischen Armeekorps im Norden der Türkei dürfte sicherlich von dem Bestreben geleitet sein, gegen die unruhigen Balkanvölker einen Wall zu errichten. Mag auch der Grenzkonflikt binnen kurzem beigelegt sein, so herrscht doch ohne jeden Zweifel sowohl in Sofia wie in Konstantinopel die Ansicht vor, daß einmal gegenseitig die Abrechnung kommen muß, denn derartige Differenzenzen, die durch den 100jährigen Nationalitätenhaß begründet sind, lassen sich nur ausnahmsweise durch die Diplomatie schlichten. Weniger Stoff zu Besorgnissen hat dagegen in den letzten Monaten Serbien gegeben. Mögen dort auch innerpolitische Zwistigkeiten mehrfach vorgekommen sein, denn bei dem dort herrschenden Parteifanatismus gehören sie zur Tagesordnung, dagegen ist erfreulicherweise in der letzten Zeit seit langem vom Königshause nichts nachteiliges gehört worden. Selbst der unruhige Exkronprinz scheint sich wenigstens für einige Zeit bescheiden zu wollen, und diesem Umstande hat es König Peter vielleicht zu verdanken, daß er demnächst in Petersburg empfangen werden wird. Damit dürfte der König das Ziel seiner Wünsche erreicht haben, denn nach dieser Anerkennung strebt er seit langen Jahren und sie dürfte auch zur Festigung seiner Position im Lande nicht unwesentlich beitragen. Ueberhaupt scheint sich Rußland wieder zum Protektor der kleineren Balkanstaaten aufwerfen zu wollen. — Unsicher ist andererseits nach wie vor die Situation in Griechenland, niemand weiß, was da noch kommen wird. Bedenklich ist es jedenfalls, daß zum Schutze des Königshauses ein englisches Kriegsschiff im Piräus weilt, welches ständig unter Dampf gehalten wird, um eventuell schnell einzugreifen; auch spricht man davon, daß König Georg bereits einen großen Teil seines Privatbesitzes auf dem Kriegsschiff untergebracht habe, um für alle Eventualitäten gesichert zu sein. Diese Maßnahme verspräche, wenn sich die Nachricht bewahrheiten sollte, kaum etwas Gutes.

Deutschland.

— **(Keine Mittelmeerreise des Kaisers.)** Der Kaiser wird, wie jetzt mitgeteilt wird, die für dieses Frühjahr wieder geplant gewesene Mittelmeerreise wahrscheinlich aufgeben. Die kaiserliche Familie wird das Achilleion auf Korfu nicht besuchen. Dagegen ist ein längerer Frühjahrsaufenthalt in Homburg in Aussicht genommen; man erwartet dort den Kaiser bereits Anfang April.

— **(Kiautschou in der Budgetkommission.)** Bei der Beratung des Etats für Kiautschou wurde zunächst festgestellt, daß sich der Reichszuschuß gegenüber dem des vorigen Jahres von etwa 9¼ Millionen auf 8½ Millionen vermindert hat, also um etwa ¾ Millionen. Es entspann sich eine sehr eingehende und lebhafte Aussprache auf dem Gebiete der Sparsamkeit. Von allen Seiten wurde das Bedauern ausgesprochen, daß kein einziges Kommissionsmitglied die Verhältnisse in Kiautschou aus eigener Anschauung kenne. Es wurde die Anregung gegeben, daß ein Abgeordneter, etwa der Wortführer der Nationalliberalen in dieser Verhandlung, auf Reichskosten hinausgeht. Wenn er sich dieser Mühe und Anstrengung unterzöge, würde das dem Reiche jedenfalls sehr großen Vorteil bringen. Schließlich wurden die geforderten Ausgaben genehmigt, für dieses Jahr auch ein Gouvernementssekretär, der von der Kommission beanstandet war, und dessen Stelle im nächsten Etatsjahre fortfallen soll. — Der Ausbau des Kolonialrechtes wurde von allen Seiten dringend befürwortet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— **(Ein österreich-ungarischer Grenzkampf.** Auf der Via Serpentina, einige Schritte von der Grenze zwischen Ungarn und Oesterreich entfernt, kam es zu einem Streit zwischen ungarischen und drei österreichischen Arbeitern, der bald in einen Messer- und Pistolenkampf überging. Auf den Knall der Schüsse kamen ungarische Gendarmen herbeigeeilt, worauf sich die Oesterreicher auf österreichisches Gebiet flüchteten und von dort aus, wohin die ungarischen Gendarmen nicht folgen durften, auf die Ungarn schossen. Allerdings nicht lange, denn zwei von ihnen hatten tödliche Verletzungen erlitten und der dritte wurde bald von österreichischen Gendarmen entwaffnet.

Türkei.

— **(Die Spionage unter Abdul Hamid.)** Die aus 13 Offizieren, 1 Senator und 1 Abgeordneten bestehende Kommission zur Ordnung im Yildis-Kiosk gefundenen Spionageberichte hat ihre Arbeit beendet. Die Berichte füllen 420 große Kisten, die Zahl der Berichte beträgt zehntausende. Tausende Berichte stammen von dem nach Abdul Hamids Abgang gehängten Generalinspektor der Militärschulen, Zulufli Ismail, der mit seiner Tätigkeit als Knabe in der Schule begonnen hatte.

England.

— **Das liberale englische Kabinett** hat nun doch dem Drängen der Radikalen und der Irländer nachgegeben und die Frage der Reform des Oberhauses der Erledigung des Budgets vorangestellt. Andernfalls wäre der sofortige Rücktritt des Ministeriums unvermeidlich gewesen, so aber gewann Asquith eine Frist, die aber, wie die Dinge einmal nach dem Ausfall der Wahlen liegen, auch wohl nicht mehr als eine Galgenfrist genannt werden darf. Das Oberhaus wird sich natürlich mit Hand und Fuß gegen jede Schmälerung seines Vetorechts wehren, und wenn es Asquith nicht gelingt, von der Krone die Garantie für die Unterstützung seiner Pläne zu gewinnen, dann stehen die Verhältnisse auf dem alten Fleck. Die Krisis besteht also nach wie vor, und es wird zu ihrer Lösung großen Geschickes nicht minder wie Glücks bedürfen.

Westfalen u. Rheinland.

! **Vorhalle,** 2. März. **Einen gehörigen Denkzettel** erhielten von der Hagener Strafkammer drei vielfach vorbestrafte Rowdies, die in der Nacht zum 9. Januar eine dem Bauunternehmer Rese aus Hattingen gehörige Baubude erbrochen und darin alles, was ihnen unter die Hände geriet, kurz und klein geschlagen, den Fußboden aufgerissen, das Telephon zerstört, Schriftstücke und Geschäftsbücher zerrissen und das Ganze mit Kot besudelt hatten. Der Staatsanwalt beantragte Zuchthausstrafen, indes sah das Gericht hiervon noch einmal ab und verurteilte die Gelegenheitsarbeiter Millering und Dehnert zu 1 Jahr 3 Monaten, einen dritten, Königsmann, der sich im strafschärfenden Rückfalle befand, zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis.

** **Oberhausen,** 2. März. **(Durch eine umstürzende Mauer verunglückt.)** Bei einem in der Lothringerstraße in Angriff genommenen Neubau sollte bei der Ausschachtung eine alte Mauer umgelegt werden. Diese stürzte um und begrub zwei Maurer unter sich. Beide wurden nach einiger Zeit hervorgezogen. Doch verstarb der 30 Jahre alte Maurer Heinrich Reusch alsbald auf der Unfallstelle infolge einer schweren Verletzung am Unterleib. Der zweite Verunglückte, Barkowski, erlitt einen Beinbruch. Er wurde ins Krankenhaus geschafft.

H **M.-Gladbach,** 2. März. **(Folgen des Streiks.)** Infolge des großen Streiks in der Baumwollspinnerei Eilermark in Gronau werden sämtliche Gronauer Textilwerke mit 800 000 Spindeln und 4000 Webstühlen zwei Tage in der Woche feiern, falls bis zum 4. März die Arbeit nicht wieder aufgenommen ist.

** **Köln,** 2. März. **(Ueberfallen.)** In der Nacht zum Sonntag wurden auf der Luxemburgerstraße zwei Männer, die hier ruhig ihres Weges gingen, von 6 Kerlen, die sich versteckt hatten, überfallen und niedergeschlagen. Einer von den Niedergeschlagenen wurde durch lebensgefährliche Stiche übel zugerichtet. Als die Räuber sahen, daß sie die Unrechten überfallen hatten, machten sie sich aus dem Staub. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus gebracht.